

Rezensionen

Karin Fischer, Gerhard Hauck,
Manuela Boatcă (Hg.):
Handbuch Entwicklungsforschung.
Wiesbaden: Springer VS
2016, 378 Seiten

Ein Handbuch ist *eo ipso* eine ambitionierte Veranstaltung. Bevor im Weiteren gefragt wird, inwieweit diese im vorliegenden Fall gelungen ist, zunächst ein paar Worte zum Aufbau des Bandes.

Die Vorstellung der wesentlichen im hiesigen Lehrbetrieb diskutierten theoretischen Positionen – von marxistischer Entwicklungstheorie bis zu Post-Development – ist gerahmt von zwei Beiträgen der HerausgeberInnen zu den Fragen: „Was ist Entwicklungsforschung?“ und „Was kann, was soll Entwicklungsforschung?“ Einem kurzen Kapitel zu Definitionen und Messmethoden – Indikatoren, Armut, Ungleichheit – folgen Sachthemen, deren jedes von einer kurzen komplementären Fallstudie veranschaulicht wird. Die thematischen Stichworte greifen wesentliche Problemlagen und Dimensionen auf, die in den Ländern des Globalen Südens von formierender Kraft sind (Landwirtschaft und Ernährung, Migration, Geschlechtergerechtigkeit, Arbeit, Staat, Rassismus, ungleiche Entwicklung, Umwelt, soziale Bewegung, entwicklungspolitische Institutionen).

Die Relevanz der ausgewählten Stichworte leuchtet unmittelbar ein. In ihrer Mehrheit bieten sie, kompakt und gut strukturiert, eine Skizze des jeweiligen Problemfeldes, z.T. auch der Darlegung des thematischen Stands der Diskussion seitens verschiedener Akteure, solche der institutionellen

Entwicklungspolitik wie auch soziale Bewegungen. Komplexe Sachverhalte sind zumeist in zugänglicher Sprache aufbereitet. Hin und wieder schiebt sich die Exegese eines herausragenden Theoretikers in den Vordergrund; oder die Ausführungen nehmen den Charakter eines klugen Selbstgesprächs an. In der Regel aber werden die Konturen des jeweiligen Themenfeldes klar gezeichnet und behutsam kommentiert.

Erstaunlich wenig aber setzen sich die Beiträge mit in dem jeweiligen Themenfeld praktizierten Forschungsansätzen auseinander. Die Interdependenz von Problemperzeption und -artikulation und der Formulierung von Forschungsfragen sowie deren Rückwirkung auf entwicklungspolitische Strategieentwürfe und Verfahren werden kaum zum Thema. Ebenso wenig kommen die in den Ländern des Globalen Südens diskutierten Perspektiven, Selbst- und Fremdrepräsentationen in z.B. Schulbüchern und Medien und in gesellschaftlichen Konfliktfeldern verhandelte Entwicklungsvorstellungen zur Sprache. Die kurzen Fallstudien (4-5 Seiten) füllen die Lücke nicht. In den vielen Fakten wird der geschilderte Ablauf oder Zusammenhang oft nicht recht plausibel und bleibt an der Oberfläche. Mit Forschungsfragen sind die Fallstudien nicht verknüpft.

Ein Weiteres mutet erstaunlich an. Ob und wenn ja, wie im Zeitalter der Globalisierung und im Zeichen von Nachhaltigkeit als an alle Länder der Welt gerichtetes umfassendes Postulat überhaupt noch von Entwicklung und Entwicklungsländern als Kategorien *sui generis* gesprochen werden kann, ist dem Band keine Erörterung wert. Falls

sich eine Spezifik heute noch überzeugend ausmachen lässt, welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Formulierung von Forschungsfragen und für die Organisation von Forschungsprozessen? Sind das nicht Fragen, mit denen ein Handbuch zur Entwicklungsforschung sich auseinandersetzen müsste? Antworten mögen nicht leicht zu finden sein, aber ein Versuch, ein Abtasten der Denkmöglichkeiten wären doch sinnvoll gewesen. Es ist durchaus nicht so, als läge nicht eine Fülle qualitativer wie quantitativer Forschungsansätze vor, die in dem Zusammenhang auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen wären. M.a.W.: man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier mit einem gewissen Mangel an Selbst-Reflexivität mehr oder weniger tradierte Theorien und Themen referiert werden.

Die von den HerausgeberInnen verfasste Einführung hilft in diesem Zusammenhang nicht wirklich weiter. Sie geht auf die kolonialen Anfänge von Entwicklungsforschung ein und umreißt den Gegenstand der als „neue Wissenschaft“ (6) beschriebenen Entwicklungsforschung als drei Dimensionen umfassend: historische Analyse, Handlungsdimensionen und Normen. Das Ziel von Entwicklung wird mit Verbesserung der Lebensbedingungen durch ein seine destruktiven Seiten eingrenzendes Wirtschaftswachstum charakterisiert. Ist das wirklich hilfreich und hinreichend für die Konturierung des Gegenstands und dessen Erforschung? Kann der Begriff Entwicklung, auf Länder und Gesellschaften bezogen, so ganz ohne die Definition der dem Gegenstand spezifischen Charakteristika auskommen?

Wer im Handbuch Informationen, Anregungen oder Instrumente des

verstehenden Abwägens über Wege und Kontroversen der forschenden Annäherung an „Entwicklungsländer“ oder „Entwicklungsgesellschaften“ sucht, wird nicht so recht fündig werden. Der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Befassung ist, so die Einführung, „multiparadigmatisch.“ „Es gibt nicht *ein* Paradigma von Entwicklung, sondern es finden sich unterschiedliche Zugänge.“ (8) Stehen diese Zugänge ohne Möglichkeit der Kategorisierung beliebig nebeneinander? Der Anspruch der Weltbank als Wissensbank zu gelten, die zunehmend extern und möglicherweise nicht interessenfremd geförderte akademische Forschung, die emanzipations- und handlungsorientierte Selbst-Erforschung nach Ivan Illich, Erörterungen und Orientierungen dieser Art, hätten die nicht auch ihren Platz in dem Band finden sollen?

Schließlich, die Frage richtet sich nicht zuletzt auch an den Verlag, ist ein gebundenes Handbuch überhaupt auf der Höhe der Zeit? Kann es das sein? Einigen Stichworten ist die Dauer des Erarbeitungsprozesses anzumerken. (2016 z.B. ist der Nach-MDG-Prozess nicht mehr ganz so vage und offen, wie er im Text noch erscheint.) Offenbar ist weder dem Verlag noch den HerausgeberInnen gelungen, eine zeitgemäße Verknüpfung zwischen Papier und Internet zu ersinnen. So mutet der Band nicht nur inhaltlich, pardon, merkwürdig altmodisch an, sondern auch in Form und Präsentation.

Claudia von Braunnühl

James Heartfield: *The British and Foreign Anti-Slavery Society. A History, 1838-1956*. London: Hurst 2016, 486 Seiten

Der Kampf gegen die Sklaverei mobilisierte seit den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts größere Gruppen von Aktivist*innen, die nicht unwesentlich dazu beitrugen, dass das britische Parlament 1807 den Sklavenhandel verbot, dieses Verbot Eingang in die Schlussakte des Wiener Kongresses 1815 fand und 1833 die Sklaverei vor allem in Westindien abgeschafft wurde. Wie James Heartfield gleich eingangs betont, war Letzteres Bestandteil der umfassenden Reformen der frühen 1830er Jahre, die auch eine Parlaments- und Wahlrechtsreform ebenso wie das berichtigte *New Poor Law* umfassten. Der Kampf gegen die Sklaverei nahm die Form von Eingaben und Petitionen an das Parlament, lokalen Versammlungen und Organisationsanstrengungen sowie in weit geringerem Maß öffentlichen Aktionen an. Er ging in erster Linie von nonkonformistischen christlichen Gruppen aus, unter denen Quäker eine herausragende Rolle spielten; dementsprechend gehörten viele Beteiligte zu den aufstrebenden industriellen Unternehmern. Die Reformperiode fiel freilich auch in eine stürmische Zeit: mit dem Aufschwung der Chartisten und ihrer Forderung nach dem allgemeinen Männerwahlrecht, verbunden mit den Anfängen einer eigenständigen Arbeiterbewegung, die die Parole von der „weißen Sklaverei“ auf die Tagesordnung setzte. Die Bewegung gegen Sklaverei differenzierte sich entsprechend. Vor allem in den USA bildeten sich Gruppen, die sich deutlich von der britischen Bewegung

unterschieden und die US-Verfassung ablehnten, weil diese die Sklaverei institutionalisierte. Hier spielten Frauen, die in Großbritannien eher aufs Organisieren und Geldsammeln beschränkt waren, eine herausragende Rolle – Anlass für schwere Konflikte auf dem ersten Weltkongress gegen die Sklaverei 1840.

Die 1838 gegründete *British and Foreign Anti-Slavery Society* (BAFSS), die größte und dauerhafteste Organisation, die sich dem Thema widmete, positionierte sich in dieser Gemengelage als „wohlanständige, hoch motivierte Kampagnen-Organisation der Mittelklasse“ (70). Sie ordnete sich in eine Politik ein, die sich konsistent auf die besondere zivilisatorische Mission Großbritanniens berief und mit der persönlichen Befreiung der Arbeitenden die Forderung des Freihandels verband. Dabei richtete die BAFSS ihr Augenmerk zunächst auf den Kampf gegen den andauernden transatlantischen Sklavenhandel, die Situation in den westindischen britischen Kolonien nach der Sklavenbefreiung sowie auf die Sklaverei in den Südstaaten der USA. Dabei kam es zu scharfen Kontroversen, die teils auch Ausdruck in rivalisierenden Organisationen fanden. Die BAFSS wandte sich aufgrund ihrer pazifistischen Grundorientierung gegen die bewaffnete Seeblockade, mit der Großbritannien das Verbot des Sklavenhandels durchzusetzen beanspruchte, zugleich aber seine Hoheit über die Weltmeere festigte. Gleichzeitig löste die Krise der westindischen Plantagenökonomie, die sich nach der Sklavenemanzipation verschärfte, Debatten aus, die im Modus des auch im *New Poor Law* virulenten Diskurses über die eingefleischte Faulheit der Armen auf die vorgebliche

Arbeitsscheu der ehemaligen Sklaven verwiesen. Prominente Autoren wie Anthony Trollope, Thomas Carlyle oder Charles Dickens legten mit Sottisen über die vorgebliche angeborene „Faulheit des Negers“ Grundlagen späterer rassistischer und kolonialistischer Argumentationsformen. Heartfield erinnert daran, dass die Entschädigungen, die die Plantageneigentümer für die Sklavenemanzipation erhielten, gleichbedeutend mit einem gewaltigen Investitionsschub für die Industrialisierung in Großbritannien und einem massiven Ressourcenabfluss aus den einst – aufgrund der Sklavenökonomie – höchst profitablen karibischen Kolonien waren. Als es zu Rebellionen unter den Freigelassenen kam, wandte sich die BAFSS zwar gegen Exzesse der Unterdrückungskampagnen, behielt aber ihre enge Orientierung an der britischen Regierung konsistent bei. Dies kam zunehmend auch in persönlichen Überschneidungen mit dem Regierungsapparat, später auch mit dem Militär zum Ausdruck, so dass die Grenze zwischen Lobby-Arbeit und Regierungsnähe zuweilen verschwamm.

Der wohl schwerste Konflikt in der Geschichte der BAFSS betraf die Haltung zum Bürgerkrieg in den USA: Wohl auch unter dem Eindruck der vorherrschenden Meinung in bürgerlichen Kreisen in Großbritannien schloss sich die BAFSS der Tendenz zur Unterstützung der Südstaaten an. Die Mobilisierung einer weitgehend vom Arbeitermilieu getragenen Gegenbewegung, die insbesondere die schließlich proklamierte Sklavenemanzipation in den USA begrüßte, verhinderte eine Kriegsbeteiligung Großbritanniens, stellte die BAFSS aber auch vor neue

Probleme. Ihr gelang es, Teile der neuen Organisationen zu integrieren.

Nun verstärkte sich das Interesse der Organisation an den verbliebenen Sklavenökonomien auf Cuba und in Brasilien, wobei deutlich wird, dass die BAFSS gemäß politischer Opportunität sehr unterschiedlich voring. Vor allem aber rückte seit Mitte der 1860er Jahre zusehends Afrika ins Zentrum des Blickfelds. Dabei verschränkte sich die Strategie imperialer Expansion und schließlich auch des territorialen Zugriffs mit dem propagierten Ziel der Bekämpfung des Sklavenhandels vor allem an der ostafrikanischen Küste. Diese Zusammenhänge, die schließlich im *Scramble for Africa*, in der Berliner Afrika-Konferenz 1884, der Brüsseler Konferenz 1890 sowie der kolonialen Aufteilung des Kontinents kulminierten, sind in letzter Zeit öfters dargestellt worden. Heartfield liefert Details, die immer wieder die ambivalente Haltung einer vordergründig philanthropischen Organisation deutlich machen, welche sich nicht nur in die expansiven Pläne ihrer Regierung einspannen ließ und diese vorantrieb, sondern die koloniale Ideologie der zivilisatorischen Mission dieser Expansion, symbolisiert in der angeblichen Beendigung des Sklavenhandels, aktiv mitgestaltete und forcierte. Dementsprechend fielen die Proteste aus, als sich die Ergebnisse dieses Kreuzzugs – vor allem in den Gräueln im Kongo-Freistaat, der dem belgischen König Leopold II. als Protagonisten der internationalen Kampagne gegen Sklaverei faktisch als Privateigentum überantwortet worden war – abzeichneten. Hier ordnen sich auch die Bestrebungen ein, dauerhaft internationale Zusammenkünfte mit ähnlichen Organisationen

vorwiegend in Staaten einzugehen, die gleichfalls am Kolonisierungsschub des ausgehenden 19. Jahrhunderts beteiligt waren. Afrikanische Potentaten wie etwa der Sultan von Zanzibar spielten bei alledem bestenfalls eine Nebenrolle, ansonsten wurden Afrikaner*innen zu Zielobjekten eines Wohlwollens, das von der Etablierung kolonialer Herrschaft nicht zu trennen war.

Ganz dementsprechend war die BAFSS wesentlich an politischen Grundentscheidungen beteiligt, die zu Weichenstellungen für das 20. Jahrhundert wurden. Die Organisation war während des Südafrikanischen Krieges („Burenkrieg“) gespalten, begleitete aber letztlich wohlwollend die darauf folgende Gründung der Südafrikanischen Union einschließlich des Ausschlusses der schwarzen Mehrheit: Die 1913 verfügte Aufteilung des Landes zugunsten weißer Siedlungsprojekte bzw. zu deren Konsolidierung erschien aus dieser Sicht als Maßnahme zum Schutz afrikanischer Gemeinschaften vor weiteren Übergriffen. Dabei war auch in den Positionierungen der BAFSS klar, dass die Frage der Arbeitskraft – wie schon im Kontext der Plantagen-Sklaverei – der entscheidende Gesichtspunkt war. Dies war bereits an der Auseinandersetzung über die Rekrutierung von „Kulis“ aus China und Indien deutlich geworden, deren Zielgebiete ebenfalls die Plantagen- und Bergbauregionen der Kolonialwelt waren.

Für die zunehmende Annäherung an den Staatsapparat und die Identifizierung mit dem staatlichen Kolonisierungsprojekt steht als übergreifendes Symbol die zentrale Rolle, die der BAFSS bei der Ausarbeitung des auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 geschaffenen

Mandatssystems des Völkerbundes zufiel. Damit wurde einerseits allen Kolonisierten das von der Entente in der Endphase des Ersten Weltkrieges propagierte Selbstbestimmungsrecht verweigert, andererseits faktisch eine Umverteilung der Kolonien zugunsten der Siegermächte bewirkt und das territoriale Ausmaß der Kolonialherrschaft auf seinen historischen Höhepunkt gebracht. Es verwundert daher nicht, dass die BAFSS auch in den letzten Jahren ihres Bestehens neben menschenrechtlichen Zielsetzungen an imperialen Vorstellungen festhielt und sich bestenfalls „langsam mit den Zielen der nationalen Befreiung“ (425) arrangierte, was für Heartfield ihren Verlust an Einfluss erklärt. Seine weitere Bilanz, die Ziele der abolitionistischen Bewegung seien heute angesichts der in UN und ILO institutionalisierten Normen weitgehend, wenn auch in widersprüchlicher Form erreicht, muss angesichts der Realitäten, die auch Fälle regelrechter Sklaverei nach wie vor einschließen, als übermäßig optimistisch erscheinen.

Das Buch ist ungemein detailreich und insofern informativ, allerdings ganz überwiegend auf der Grundlage der von der BAFSS publizierten Zeitschrift *Anti-Slavery Reporter* gearbeitet. Obwohl er kritische Perspektiven immer wieder aufblitzen lässt, entgeht der Autor wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde nicht der Reproduktion des Diskurses der BAFSS, was sich u.a. auch in der Terminologie niederschlägt, etwa dem durchgängigen, offenbar völlig arglosen Gebrauch von „native“ oder sogar von diskriminierenden Termini wie „Hottentotten“ (408). Die Sprache ist konsequent androzentrisch. Auch wenn – selten – Frauen vorkommen, agieren nur „Männer“. An

zahlreichen Stellen zeigt sich zudem, dass Heartfield mit Einzelheiten der vielfältigen Schauplätze, auf die sich seine Darstellung notwendig bezieht, nicht vertraut ist; gleiches gilt für einige historische Ereignisketten und Zusammenhänge. Hinzu kommen vor allem in den Anfangskapiteln die Fixierung auf ohne erkennbaren Zusammenhang präsentierte Biographien der Hauptakteure und eine in der Chronologie ständig fluktuierende und springende Darstellung, die manchmal nicht zu vermeiden sein mag, aber umso mehr Vorkehrungen erfordert hätte, die Abläufe nachvollziehbar zu halten. Damit bleibt eine wirklich interessante Materialsammlung, nicht aber ein gelungenes Buch.

Reinhart Kößler

Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld: transcript 2016, 408 Seiten

Der vorliegende Sammelband zu postkolonialen Zugängen in die Politikwissenschaft war dringend notwendig. Innerhalb der Politikwissenschaft als Disziplin wurde lange darauf gewartet, dass ein solches Werk erscheint, nachdem andere Disziplinen wie Literatur- oder Geschichtswissenschaft bereits zu Vorreitern in diesem Feld geworden sind. Im Zentrum des Buches steht dementsprechend die Frage, warum ein spezifisch disziplinär ausgerichteter Band für die Politikwissenschaft relevant ist. Die Antwort auf diese Frage fällt in den jeweiligen Artikeln unterschiedlich aus. Die Texte bieten einen Überblick über die Notwendigkeit und Aktualität postkolonialer Theorien. Dabei sind unterschiedliche Themenfelder wie

Politische Theorie, Politik in der BRD und auch internationale Politik(en) vertreten. Als Quintessenz ergibt sich, dass postkoloniale Zugänge in der Lage sind, neue Perspektiven und Erkenntnisse aufzuzeigen, die über klassische Ansätze hinausgehen und ansonsten unsicht- und unhörbar geblieben wären.

Im Kapitel zur Politischen Theorie zeigt u.a. der Beitrag von *Ina Kerner*, wie fruchtbar eine postkoloniale Perspektive auf klassische Werke der Politikwissenschaft sein kann. Er eröffnet eine neue Lesart von Frantz Fanons Werk. Dadurch erscheint Fanon nicht mehr in erster Linie als Gewalttheoretiker. Vielmehr zeichnen sich seine Studien durch Weitsicht, Aktualität sowie in Bezug auf Geschlechterverhältnisse durch eine vorausblickende Analyse aus.

Der Blick auf Geschlechterverhältnisse als zusätzliche Analysekategorie bildet einen wichtigen Schwerpunkt innerhalb des Gesamtwerkes. Dies ist sehr zu begrüßen, da sich Genderschwerpunkte – ebenso wie postkoloniale Zugänge – in der Politikwissenschaft noch immer in einer Randposition befinden. Ein gutes Beispiel für einen solchen Schwerpunktartikel ist der Beitrag von *Joshua Kwesi Aikins*. Er beschäftigt sich mit der Implementierung indigener Autoritäten in das politische System Ghanas und beleuchtet dabei insbesondere auf sprachlicher Ebene die Integration weiblicher *chiefs* bei der Verfassungsreform. Dabei verwendet Aikins in Anlehnung an das Konzept der *Kolonialität der Macht* von Aníbal Quijano einen Ansatz der *Kolonialität der Sprache*, welcher den Einfluss von Kolonialsprachen in postkolonialen Ländern aufzeigt.

Das Konzept der *Kolonialität der Macht* wird auch in diversen anderen Artikeln aufgegriffen. So untersucht beispielsweise *Tanja Ernst* die Pluralisierung demokratischer Systeme in Bolivien, wo präkoloniale Regierungsformen in das heutige politische System integriert werden sollen. Leider erläutert sie Quijanos Konzept nur marginal. Dieser Mangel an Einführung in postkoloniale Ansätze findet sich auch in anderen Beiträgen wieder. Anscheinend richtet sich der Band vorwiegend an Menschen mit Vorkenntnissen in diesem Bereich. Einsteiger*innen wird der Zugang so erschwert. Ihnen rate ich, sich vorher mit grundlegenden Konzepten post- und dekolonialer Theorien vertraut zu machen.

Für sie ebenfalls schwierig zu erfassen ist die mangelnde Abgrenzung post- gegenüber dekolonialen Zugängen zu Untersuchungsgegenständen. Dazu zählt u.a. der ansonsten sehr spannende Artikel von *Franziska Müller* über die Notwendigkeit der Integration post- und dekolonialer Theorien und Strategien in die Internationalen Beziehungen. Eine Ausnahme bildet hingegen der Beitrag von *María do Mar Castro Varela & Carolina Tamayo-Rojas* zu indigenen Widerstandspraxen in der nördlichen Andenregion im grenzübergreifenden Gebiet der Ingas. Die Autor*innen gehen darin auf die Kritik an postkolonialen Theorien ein, eurozentrisch zu sein. Diesen stellen sie dekoloniale Ansätze aus der *Latin America Subaltern Studies Group* gegenüber, welche die *Kolonialität der Macht* zu einem ihrer wichtigsten Anknüpfungspunkte gewählt hat. Doch weisen auch diese teilweise eurozentrische Mängel auf. Castro Varela & Tamayo-Rojas identifizieren

jedoch in der von beiden Theorierichtungen geforderten „Kontextualisierung und Historisierung“ (383) eine zentrale gemeinsame Stärke. Eine solche Abgrenzung wäre in anderen Artikeln des Bandes ebenfalls wünschenswert gewesen; stattdessen werden die Termini „postkolonial“ und „dekolonial“ z.T. sogar synonym verwendet.

Zu den stärksten Artikeln gehören die Beiträge von *Bilgin Ayata* über die postkoloniale Aufarbeitung der NSU-Prozesse und von *Mechthild Exo* über die basispolitischen Kämpfe in Afghanistan um die Errichtung einer nicht von oben durchgesetzten Demokratie. Sie zeichnen sich durch die große Aktualität ihres Schwerpunktes aus. Vor dem Hintergrund des baldigen Endes des NSU-Prozesses sowie der politischen Debatten um die Abschiebungen Asylsuchender ins angeblich sichere Afghanistan zeigen sie perspektivische Lücken innerhalb politischer Prozesse auf, die ohne den jeweiligen postkolonialen Zugang so nicht zu erkennen gewesen wären.

Angesichts solch brisanter Beiträge ist es besonders bedauerlich, dass beispielsweise *Aram Ziavis* Eingangartikel zum Stellenwert postkolonialer Zugänge in der Politikwissenschaft mit einem Fokus auf „Entwicklung“ eine Neuauflage seines Beitrags aus der *PERIPHERIE* Nr. 120 aus dem Jahr 2010 ist und somit kaum neue Erkenntnisse liefert.

Trotz der genannten Kritikpunkte bietet der Sammelband insgesamt einen guten ersten Überblick über die dringend notwendige postkoloniale Auseinandersetzung mit politikwissenschaftlichen Forschungsfragen und zeigt auf, wohin diese führen kann. Er bietet somit einen ersten Beitrag zur Schließung der

genannten Forschungslücken. Es bleibt zu hoffen, dass ihm noch viele weitere post- und dekoloniale Analysen folgen werden, sodass diese Zugänge nicht mehr in einer Randposition innerhalb der Politikwissenschaft verbleiben.

Catharina Wessing

Stefan Knauss: *Von der Conquista zur Responsibility while Protecting*. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang 2016 (= Treffpunkt Philosophie, Bd. 14), 274 Seiten

In dieser nunmehr als Buch vorliegenden Dissertation geht der Autor auf erfrischend originelle Weise der äußerst zeitgemäßen Frage nach, ob Interventionskriege aus humanitären Gründen gerecht sein können. Angesichts aktueller global-politischer Ereignisse bietet dieser Ansatz wertvolles und vielversprechendes Material, und zwar, weil er sich der Thematik auf transkulturelle Weise annähert und von konkreten *policy*-relevanten Debatten ausgeht. So steht im Zentrum der Überlegungen die von Brasilien im Jahre 2011 angesichts der Libyen-Intervention international vorgeschlagene Verschiebung der UN-Doktrin „responsibility to protect“ hin zu „responsibility while protecting“. Wie es dazu kam und warum gerade eine lateinamerikanische Perspektive für diese Thematik lohnend ist – ausgehend von der Feststellung, dass Lateinamerika als erstes kolonisiert wurde und dadurch in Europa eine bis heute nachwirkende Welle der Reflexion über Alterität einsetzte –, dies zeichnet de Band klar verständlich und gut strukturiert nach.

Als Einstieg in die Frage nach humanitärer Intervention dient dem Autor der Disput von Sevilla (16. Jahrhundert)

zwischen Bartolomé de las Casas und Juan Ginés de Sepúlveda, der in gewisser Weise als Geburtsstunde des philosophisch-rechtlich argumentierten und gerechtfertigten westlichen (humanitären) Interventionismus angesehen werden kann. Auch wenn historisch gesehen dieser Gelehrtenstreit nie entschieden wurde, so ergab sich dennoch nach Ansicht einiger Kommentatoren daraus die bis heute wirkmächtige und damals von Sepúlveda vertretene Ansicht, kulturelle Verschiedenheit als Mangel an Zivilisation zu deuten, welche im Sinne des „Unzivilisierten“ daher Intervention durch „Zivilisierte“ erfordere. Wenn auch nicht grundsätzlich, sondern nur in Form und Ausmaß von de las Casas bestritten, so war sein Einwand dagegen auf langjährige, reale Erfahrung der Ausbeutung in den spanischen Kolonien gestützt. Was also der eurozentrischen, argumentativ-idealistischen Herangehensweise zur Wissensfindung diametral gegenüber gestellt erscheint, ist die lateinamerikanische Empirie der subalternisierten Erfahrung. Der Autor arbeitet demzufolge auch treffend heraus, dass weniger die kulturelle Alterität im eigentlichen Vordergrund stehe, als vielmehr das Intervention legitimierende Argument, die vermeintlich Schutzbedürftigen retten zu müssen, welches bis heute im internationalen Menschenrechtsschutz Widerhall findet.

Der eurozentrische Ansatz steht im Spannungsfeld zu von de las Casas' bekanntem anti-kolonialen Erweckungsmoment in den Kolonien, stilisiert durch das Thema „ego vox clamantis in deserto (ich bin die Stimme eines Rufers in der Wüste)“. Mit dieser Anklage (*ego clamo* in der Diktion des

argentinisch-mexikanischen Philosophen Enrique Dussels) der immens inhumanen Ausführung einer Intervention und der damit verbundenen Umkehrung des Verhältnisses zwischen Zivilisiertem und zu Zivilisierendem eröffnet sich der Zugang zu lateinamerikanischer Faktizität, wie es im 20. Jahrhundert die von Enrique Dussel und von Emmanuel Lévinas inspirierte Philosophie fordert. Im Unterschied zur Kontrastierung mit theoretisch-abstrakten, *möglichen* Einwänden, welche er als liberales Erbe der politischen Philosophie seit Sepúlveda identifiziert (174), geht Stefan Knauss mit Dussel der Frage nach, wie Interventionen zu bewerten wären, wenn stattdessen *faktische* Gegenstimmen einbezogen werden. Dies dient ihm somit als Vorgabe, um im weiteren Verlauf nicht-eurozentrische Sichtweisen zu rekonstruieren, also explizit außer-europäische Beiträge unter die Lupe zu nehmen. Da er, im Gegensatz zu Dussel Jahrzehnte zuvor, weder der Figur des „noblen Wilden“ noch dessen angenommener Opferrolle anheimfallen möchte, durchleuchtet er um der Komplexität willen auch kontroverisierte Beiträge, wie jene des liberalen Denkers Fernando Tesón, kritisch. Dieser gebürtige Argentinier, welcher US-hegemonialen Interventionen argumentatives Rüstzeug verpasst hat, steht, wie generell besprochene Autoren in diesem Werk, stellvertretend für eine (relativ) außer-westliche Realität, die fern von klar abgrenzbaren Schwarz-Weiß-Schablonen charakterisierbar ist.

Mit dem Ziel eine dezidiert lateinamerikanische Perspektive auf die Geschichte des westlichen Interventionismus zum Schutze der Menschenrechte zu rekonstruieren und philosophisch zu

analysieren, arbeitet sich der Autor an den Werken des Philosophen und Theologen Enrique Dussel, sowie des US-Soziologen Immanuel Wallerstein ab. Wenn dies auch letztlich nur eingeschränkt gelingt – in den Worten des Autors: „Durch die Einbeziehung einer heuristischen lateinamerikanischen Perspektive ergeben sich *inhaltlich* betrachtet wenig ‘neue’ Argumente pro und contra humanitäre Interventionen.“ (260) – so ist dennoch sicherlich von zentraler Bedeutung, dass „performativ“ (ebd.) gesehen, die faktische Integration der Perspektiven aus ehemaligen Kolonien unabdingbar ist, um die Akzeptanz der Schutzverantwortung weltweit zu erhöhen. Dass diese Schutzverantwortung generell zu übernehmen sei, bleibt im Buch jedoch vorausgesetzt und wird kaum argumentativ begründet.

In seiner Gesamtheit zeichnet sich das Werk durch seine klare Einführungskraft in zentrale Debatten europäischer und lateinamerikanischer politischer Philosophie aus und ist dadurch insbesondere für Studierende und Einsteiger in komplexere historisch-philosophische und juristische Zusammenhänge ausgezeichnet geeignet. Allerdings weist es auch einige konzeptuelle Auslassungen auf, die zwar der Lektüre an sich nicht weiter hinderlich sind, hier jedoch thematisiert werden sollen.

Zunächst ist es dem primär philosophischen Zugang des Autors geschuldet, dass tatsächlich faktische Stimmen Lateinamerikas, konträr zur eigenen Intention, kaum zu Wort kommen. Stattdessen analysiert der Autor hauptsächlich Positionen, die über Lateinamerika und Europa – in stark verallgemeinernden Form – sprechen, und zwar von Denkern, die selbst lange in den USA

oder Europa studiert haben, arbeiten oder leben. Dies ist nicht so sehr ein Problem des prinzipiellen Argumentationsstrangs, führt jedoch dazu, dass das Buch potenziell interessante politische und gesellschaftliche Strömungen innerhalb bestimmter Regionen Lateinamerikas in der Neuzeit großflächig auslässt oder nur sehr oberflächlich thematisiert, z.B. das dekoloniale *border thinking* im Anschluss an Aníbal Quijano, Walter Mignolo, Ramón Grosfoguel, Catherine Walsh usw., die sog. bolivarianischen Revolutionen in einigen Ländern des Kontinents oder die zapatistische Befreiungsbewegung in Chiapas, Mexiko. Es stellt sich also die Frage, inwiefern eine genuin heuristische Perspektive Lateinamerikas auf diese Weise überhaupt tatsächlich erschlossen werden kann.

Eine zweite größere Auslassung betrifft jene legalistisch-philosophischen Debatten der kritischen internationalen Beziehungen, welche sich mit der Schutzverantwortung der Menschenrechte, anlässlich internationaler Interventionen mitsamt ihren nicht-eurozentrischen, post-kolonialen Kritiken seit der *League of Nations* befasst haben (z.B. Baxi 2002; Goodale 2009). Eine in diesem Sinne realpolitische, kontextualisierende Analyse des brasilianischen Vorschlags hätte dem Werk eine stärkere interdisziplinäre Verankerung gegeben und es gleichzeitig vollends in die Aktualität geholt. Mit anderen Worten, was wäre z.B. durch die erstarkende Rolle lateinamerikanischer Geopolitik in Bezug auf internationalen Menschenrechtsschutz tatsächlich zu erwarten?

Drittens vermeidet das Werk jene Grauzonen post-struktureller und hybrider Theoriebildung, welche sich mit Alterität und dem mannigfaltigen

Umgang mit ihr im Kontext von zutiefst kolonialer Modernität befasst. Gemeint sind damit die beinahe täglich anwachsende Flut anthropologischer Analysen hybrider Subjektivitäten, neuer Inkorporationen ausgewählter Globalisierungsdynamiken (z.B. Tsing 2005) und überregionaler sozialer, indigener und ökologischen Bewegungen, welche stets darauf hinweisen, dass Entkolonisierung heutzutage innerhalb der Bewegungen und Subjekte (statt „nur“ im Westen) stattfinden müsse (Cusicanqui 2014), aber oftmals unmöglich gemacht werde oder erscheine. Diese vorgebliche Unmöglichkeit hat allerdings damit zu tun, dass sich durchaus artikulierenden AkteurInnen (z.B. indigenen Frauen, s. Radcliffe 2015) selten Gehör geschenkt wird, da sie, wie fälschlicherweise auch Knauß angimmt, „klassischerweise nicht zu den wissenschaftlichen und politischen Akteuren bei der Gestaltung der Debatte humanitärer Intervention gehören“ (260). Es ist allerdings zu fragen, ob dies daran liegt, dass sich die AkteurInnen nicht ausreichend artikulieren, oder an realen Machtkonstellationen, auch in der Wissenschaft, durch die diese Stimmen, wenn überhaupt, weiterhin nur auf vermittelte Art Gehör finden.

Demzufolge stellt die Publikation zwar eine ordentliche Einführung in die komplizierte und jahrhundertealte Debatte rund um internationale Intervention und (vorgeblichen) Schutz dar, und bietet dabei auch nicht-spanischsprachigen Lesern einen gelungenen Einblick in fundamentales lateinamerikanisches Denken (Befreiungstheologie, Dussels Philosophie der Transmodernität, usw.) des 20. Jahrhunderts zwischen Interventionsrechtfertigung

und „Souveränitätsreflex“ (259). Allerdings bleibt der Autor uns LeserInnen schuldig, aus welchen methodischen Gründen er bestimmte AutorInnen und Quellen ausgewählt und andere beiseitegelassen hat. Dennoch stellt das Bemühen gerade in der Philosophie, aus überkommenen Wissenswelten im Rahmen der mächtigen „Kolonialität des Wissens“ herauszutreten, trotz dieser Kritik einen überaus löblichen und sehr hilfreichen Ansatz dar. Dies weist in eine vielversprechende Richtung, in welcher sich zahlreiche neue Aufgaben eröffnen – jedoch wird verstärkte *Approximation* (im Sinne Dussels) und kritisches Hinterfragen der vermeintlichen Alterität des Anderen dafür notwendig sein, um den Anspruch eines Beitrags zur Debatte der globalen Gerechtigkeit tatsächlich auch methodisch zu erfüllen.

Johannes M. Waldmüller

Literatur

- Baxi, Upendra (2002): *The Future of Human Rights*. Oxford.
- Cusicanqui, Silvia (2014): *Mito y desarrollo en Bolivia. El giro colonial del gobierno del MAS*. La Paz.
- Goodale, Mark (2009): „Toward a Critical Anthropology of Human Rights“. In: Goodale, Mark (Hg.): *Human Rights. An Anthropological Reader*. Malden, MA, & Oxford, S. 372-395.
- Radcliffe, Sarah A. (2015): *Dilemmas of Difference. Indigenous Women and the Limits of Postcolonial Development Policy*. Durham, US-NC.
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): *Friction. An Ethnography of Global Connection*. Princeton, US-NJ.

Reinhart Köbler: *Namibia and Germany. Negotiating the Past*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2015, 378 Seiten

Nach langem Ringen hat das Auswärtige Amt im Juli 2015 den zwischen 1904 und 1908 begangenen Völkermord an den Herero und an den Nama in Namibia endlich als solchen benannt. Seitdem laufen die Verhandlungen zwischen Namibia und Deutschland über den Umgang mit der Vergangenheit und eine mögliche Wiedergutmachung. Durch diesen politischen Prozess ist das Thema der deutschen Kolonialvergangenheit stärker in die mediale Öffentlichkeit gerückt. In den bisherigen Diskussionen um die Aufarbeitung der deutsch-namibischen Vergangenheit leistet das vorliegende Buch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen und der namibischen Geschichtsschreibung. Es ist keine rein historische Abhandlung, sondern bietet eindrückliche soziologische und ethnographische Analysen. Zwar bereits 2015 erschienen, ist es dennoch hochaktuell. Denn Reinhart Köbler stellt nicht nur das Verhältnis zwischen Deutschland und Namibia dar, sondern untersucht auch das schwierige Verhältnis der Herero und der Nama zur namibischen Regierung. Diese Analysen vermögen aktuelle Entwicklungen zu erklären, beispielsweise den bedauernswerten Ausschluss der beiden Volksgruppen aus dem Verhandlungsprozess.

Der erste und ausführlichste Teil, der insgesamt fast 150 Seiten umfasst und sich in sechs Kapitel gliedert, beschreibt die durch die Kolonialerfahrung verflochtene Geschichte beider Länder. Köbler stellt die unterschiedlichen Diskurse und Kontroversen in der

Aufarbeitung des deutsch-namibischen Verhältnisses dar. Die ersten beiden Kapitel widmen sich jeweils der Darstellung der Bedeutung des Genozids für Deutschland und für Namibia. Anschließend thematisiert der Autor die Debatte über das Verhältnis zwischen dem namibischen Genozid und dem Holocaust. Dabei gelingt es ihm, sich selbst klar zu positionieren und trotzdem eine ausgewogene Analyse der Diskussionsstränge zu präsentieren. In den anschließenden Kapiteln wird nicht nur die aktive Rolle deutschsprachiger Namibier bei der Verleugnung des Genozids deutlich, sondern auch, wie sich diese an nationalistische Diskurse in Deutschland anschließen. Auch in Namibia wird um den Umgang mit der Kolonialvergangenheit gerungen: Die Kontroverse um das Reiterdenkmal von Windhoek, die Kößler ausführlich darstellt, illustriert die einseitige Positionierung der SWAPO-geführten Regierung, die die betroffenen Gruppen der Herero und der Nama in die Gestaltung des öffentlichen Erinnerns an die Kolonialzeit nicht einbezogen hat.

Auf diesen Ausführungen aufbauend widmet sich der zweite Teil des Buches dem Umgang mit dem Genozid in Namibia. Auf Basis teilnehmender Beobachtung von Gedenkfeiern im südlichen Namibia sowie in Zentralnamibia beschreibt der Autor sowohl den Sinn als auch die Bedeutung von Ritualen der Herero und der Nama. Die gemeinsame Erinnerungskultur hat dabei identitätsstiftende Elemente und untermauert die Möglichkeit der Selbstvertretung der Gruppen: „Gemeinsame Erinnerungsrituale bilden ein bedeutungsvolles Gegengewicht zum offiziellen Narrativ und greifen eine Reihe von

wichtigen Aspekten aus dem Leben der betroffenen Gemeinschaften auf.“⁴¹ (169). Interessant ist neben der Analyse gemeinsamer Muster gerade auch die Darstellung der Unterschiede in den Erinnerungskulturen beider Gruppen, die unterschiedliche Kolonialverbrechen erlebt haben. Diese Darstellungen veranschaulichen, dass der deutsche Kolonialismus in beiden Gruppen unterschiedlich nachwirkt und durch die entsprechenden Praktiken erinnert und so verarbeitet wird.

Im dritten Teil setzt sich Kößler in drei Kapiteln mit der Debatte um die deutsche Kolonialherrschaft auseinander und zeigt verschiedene Dimensionen einer möglichen Wiedergutmachung auf. Hierbei thematisiert der Autor das Aufkommen von Reparationsforderungen in den 1990er Jahren, also nach der Unabhängigkeit Namibias und der deutschen Wiedervereinigung, und den damaligen Umgang des deutschen Bundestages und der Bundesregierung mit diesen Forderungen. Er verdeutlicht, dass die Bundesregierung zwar eine besondere Verantwortung gegenüber Namibia anerkannte, sich aber lange weigerte, den Völkermord als solchen anzuerkennen und um Entschuldigung zu bitten, weil sie fürchtete, dass dies Entschädigungsforderungen nach sich ziehen könnte. Die damalige Entwicklungsministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul sprach in Namibia beim 100. Jahrestag zur Niederschlagung des Herero-Aufstandes erstmals öffentlich eine solche Bitte aus. Dies wurde zwar zunächst mit großer Hoffnung aufgenommen, hatte aber letztendlich geringere Auswirkungen als zunächst erhofft. Interessant im Buch ist dabei die Darstellung der unterschiedlichen Forderungen, die auch

in der aktuellen politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Neben den Entschädigungsforderungen gehört dazu die Rückgabe von Schädeln aus Namibia, die während der Kolonialzeit geraubt wurden – ein bedeutsamer Aspekt, dem Kößler ein eigenes Kapitel gewidmet hat.

Dem Buch gelingt es, die Verflechtungen zwischen Deutschland und Namibia aufzuzeigen und die Asymmetrie im Verhältnis der beiden Länder zu beleuchten, die bislang eine aufrichtige Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit verhinderte. Der Autor schöpft dabei aus dem Erfahrungsschatz seiner langjährigen Forschungserfahrung in Namibia, die ihm eine detailgenaue Darstellung ermöglicht. Für Leserinnen und Leser, die sich tief in das Thema einarbeiten wollen, sei das umfangreiche Buch zur Lektüre empfohlen, auch wenn die sehr ausführlichen Beschreibungen an einigen Stellen den Blick auf den Gesamtzusammenhang erschweren. Gleichzeitig verdeutlicht genau dieser Umstand, dass sich die deutsch-namibische Geschichtsschreibung gerade erst am Anfang eines gemeinsamen Prozesses befindet. Das Buch leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Eri M. Bohn

Anmerkung

- 1 Eigene Übersetzung; englisches Original: „Communal commemorations represent an important counterweight to the official narrative and address a range of important dimensions in the lives of the relevant communities.“

Christiane Bürger: *Deutsche Kolonialgeschichte(n). Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung der DDR und BRD*. Bielefeld: transcript 2017, 318 Seiten

In einer politischen Lage, in der die Frage der Aussöhnung zwischen Namibia und Deutschland wegen der Kolonialgeschichte und des Völkermordes von 1904-1908 akut geworden ist, kann die Analyse der historiographischen Bearbeitung dieser Fragen zumal während der deutschen Teilung besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. In ihrer Heidelberger Dissertation unternimmt es Christiane Bürger, aus dezidiert postkolonialer Perspektive eine „Wissensgeschichte“ zu entwerfen, die insbesondere einerseits Kontinuitäten mit kolonialen und kolonialrevisionistischen Narrativen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Untersuchungszeitraum nachgehen, andererseits aber auf die Austauschbeziehungen eingehen soll, zu denen es zwischen den „Denkkollektiven“ – vielleicht hier eher *epistemic communities* – in den beiden deutschen Staaten kam. Diese Prozesse spielen zugleich eine wichtige Rolle in den weiter anhaltenden Anstrengungen, den Völkermord insbesondere durch die Diskreditierung der DDR-Historiographie zu leugnen.

Zunächst ist zu konstatieren, dass kolonialistische Positionen sowohl in der BRD als auch in der DDR über die Epochenschwelle von 1945 hinaus anfangs dominant blieben, personifiziert in dem weiter an der Humboldt-Universität lehrenden Ethnologen Diedrich Westermann, der seine während der Naziherrschaft verfasste *Geschichte*

der *Deutschen Kolonien* weitgehend unverändert publizieren konnte, und dem ehemaligen Vize-Gouverneur Oskar Hintrager, einem der wichtigsten Täter, der eine – aus der DDR freilich scharf kritisierte – populäre Darstellung über *Südwestafrika in deutscher Zeit* verfasste. Hier hätte Bürger stärker herausarbeiten können, dass eine aktenbasierte Erforschung dieser Geschichte erst ab Mitte der 1950er Jahre überhaupt einsetzte, als die Akten des Reichskolonialamtes durch die Sowjetunion an die DDR zurückgegeben wurden.

Nicht nur aus diesem Grund besaß die DDR-Geschichtswissenschaft einen Vorsprung. Dies hing auch mit systematischen Anstrengungen zusammen, aufbauend auf den alten Zentren der Afrika-Forschung in Berlin und Leipzig neue Positionen zu entwickeln, die einen Beitrag zu antikolonialen Kämpfen leisten und in der diplomatischen Konkurrenz mit der BRD von Nutzen sein könnten. Gemäß ihres breiten Zugriffs kann Bürger auch frühere, Ansätze aufgreifen, die in Form historischer Romane die Thematik aufgriffen, bevor akademische Forschung publiziert wurde. In deren Mittelpunkt steht bis heute das auf breiter Quellengrundlage basierende Buch Horst Drechslers *Südwestafrika unter deutscher Herrschaft. Der Kampf der Herero und Nama (1884-1915)* (1966), in dem das Geschehen auch erstmals wirkungsvoll als Völkermord gekennzeichnet wird. In diverse Sprachen übersetzt, wirkte dies Buch richtungweisend für die spätere Debatte und bleibt von Seiten derer, die bis heute den Völkermord in Abrede stellen, umstritten. Es ist daher nicht unwichtig, dass Bürger einerseits frühe, dezidiert antiimperialistische

Stellungnahmen Drechslers referiert, andererseits aber zeigt, dass der Autor zumindest in späterer Zeit keineswegs als „linientreu“ galt.

Insgesamt stellt Bürger die enge Beziehung heraus, die Drechsler und andere zwischen dem Völkermord und den Konzentrationslagern in Namibia und den Praktiken unter der Naziherrschaft herstellten, wobei der Verweis auf die Gegenstimmen aus der SPD nicht fehlt. Diesem Narrativ kontrastiert die Interpretation in Helmut Bleys *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika, 1884-1914* (1968). Diese Interpretation gewann aus der Analyse des „totalen“ Herrschaftssystems, das nach dem Ende des Namibischen Krieges (1903-1908) zumindest der Intention nach etabliert wurde, Anschluss an die Totalitarismus-Konzeption Hannah Arendts, die ihrerseits bereits auf die kolonialen Ursprünge der von ihr postulierten Herrschaftsform hingewiesen hatte. Bürger betont im Anschluss an die anglophone Rezeption des Buches den mit dem Bezug auf die Naziherrschaft gegebenen „nationalgeschichtlichen Gegenwartsbezug“ (208) der Arbeit Bleys und damit auch ihren Bezug auf die jahrzehntelang einflussreiche Konzeption eines deutschen Sonderweges.

Diese steht zugleich für einen Generationsbruch innerhalb der westdeutschen Historikerkunft, wo vor allem die berühmte Fischer-Kontroverse über die Ursachen des Ersten Weltkriegs den Bruch mit nationalistischen Perspektiven und den Übergang zu einer kritischen Sozialgeschichte eingeleitet hatte. Hier verortet sich auch Bley eindeutig. Wie Bürger betont, erfolgte seine Forschung jedoch auch in einem zeitgeschichtlichen

Kontext, in dem kolonialrevisionistische Sichtweisen zunächst außerhalb akademischer Diskurse angegriffen wurden, so in Ralph Giordanos höchst kontrovers aufgenommenen Fernsehsendung *Heia Safari* (1966) oder in Form des Sturzes des Wissmann-Denkmal vor der Hamburger Universität 1968.

Unter dem Stichwort „1984“, das für den hundertsten Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz und des Beginns deutscher Kolonialherrschaft steht, fasst Bürger spätere Publikationen vor allem in Westdeutschland zusammen. Darunter reiht sie überraschender Weise auch das vom Bremer Afrika-Projekt als Kooperationspartner des *UN Institute for Namibia* (UNIN) in Lusaka mitverfasste Lehrbuch *Our Namibia* (1984) ein. UNIN galt damals – was Bürger nicht erwähnt – als im Exil aufzubauende Vorstufe der namibischen Universität und hat ohne Zweifel entscheidend und prägend auf diese Publikation eingewirkt, was sich auch aus von Bürger erwähnten Mitautoren wie etwa dem heutigen Generalsekretär der SWAPO ergibt, den Bürger einfach als Stipendiat an der Universität Kassel vorstellt. Eine herausragende Stellung weist die Autorin zu Recht Uwe Timms Roman *Morenga* (1978) zu. Hier konstatiert sie zumindest Ansätze der Überwindung kolonialer Narrationsroutinen, die auch die Literatur mit kritischem Anspruch sowohl aus der BRD wie der DDR ihrer Meinung nach wie vor durchzogen. Auch die Aufnahme einer Genderperspektive in Martha Mamozais *Herrenmenschen* (1982) wird registriert. Daneben konstatiert Bürger für diesen Zeitraum jedoch das Aufkommen einer revisionistischen, weitgehend populären Geschichtsschreibung, die den

Völkermord in Abrede stellen wollte und unweigerlich in Kontinuität mit kolonialen, aber auch explizit militaristischen Narrativen stand.

So weit handelt es sich um eine höchst nützliche Analyse und zusammenfassende Darstellung, die auch reflektiert, es sei „grundlegend (zu) bezweifel(n), ob koloniale Diskurse in historiografischen Texten vollständig aufgelöst werden können“, woraus sich die Frage nach „grundlegend neue(n) Erzählformen“ ergibt (278), wie sie in den vorgestellten Arbeiten ehestens bei Uwe Timm zu finden sind.

Freilich geht Bürger diesen Erzählformen in erster Linie in ihren Analysen der Arbeiten von Bley und Timm nach. Im Hinblick auf die Texte aus der DDR verfährt sie deutlich kursorischer; Darlegungen über institutionelle Vorkehrungen und damit in Zusammenhang stehende Strategien stehen über weite Strecken im Vordergrund. Andererseits können summarische Verweise auf „marxistische“ Positionen schwerlich überzeugen, bedenkt man, dass es nicht nur – abgesehen von der Sicht der damaligen Parteiorthodoxie – eine große Zahl sehr unterschiedlicher Lesarten von „Marxismus“ gibt, sondern auch die in der DDR vorherrschende Orthodoxie im fraglichen Zeitraum einigem Wandel unterlag. Ähnlich steht es mit dem Verweis auf die in der DDR herrschende Faschismustheorie, die, soweit sie auf die Verhältnisse im kolonialen Namibia projiziert wurde, immerhin eine über den nationalstaatlichen Rahmen hinausweisende Perspektive hätte implizieren müssen. Hier wäre sehr viel mehr zu investieren gewesen, um die theoretischen Perspektiven wirklich einholen und verstehen zu können.

Irritierend wirken muss das Ansinnen, den Terminus „Pogrom“ als unmittelbare Anspielung auf den Holocaust zu lesen (151), wo doch der Blick in jedes einschlägige Wörterbuch die sehr viel weitere Verwendung für massenhafte Übergriffe leicht bestätigen wird.

In ihren Diagnosen über kolonialistische Kontinuität schießt Bürger deutlich über das Ziel hinaus, wenn sie Landkarten, in denen die Topographie Namibias mit den erwartungsgemäß relativ spärlichen Eintragungen dargestellt wird, als Beleg zitiert, dass sowohl Hintrager als auch nach ihm Drechsler der Ideologie eines leeren Landes angehangen hätten, woraus die Autorin schließt, dies solle das Konstrukt einer *terra nullius* bekräftigen. Diese Vorstellung hat in der Tat der Rechtfertigung kolonialer Eroberung gedient, doch fragt man sich, ob Bürger jemals durch Augenschein die Weite des südlichen und zentralen Namibia wahrgenommen hat, wo ökologische Verhältnisse eben zu einer sehr geringen Siedlungsdichte führen.

Leider finden sich abgesehen von häufigen sprachlichen Nachlässigkeiten auch Fehlleistungen, die in einer preisgekrönten historischen Dissertation erstaunen müssen. Es mag noch hingehen, dass Willi Münzenberg zu „Münzenberger“ (67f) oder Neville Alexander zu „Alexander Neville“ (221) werden oder dass das bekannte Werk von Viktor Klemperer *Lingua Tertii Imperii* (LTI) mit seinen wesentlich später, nämlich nach dem Ende der DDR veröffentlichten Tagebüchern konfundiert wird (137). Dass General von Trotha nach seiner Rückkehr aus Namibia 1905 nicht von Bismarck empfangen worden sei (144), ist sicher unbestreitbar, denn

der war schon 1898 gestorben. Richtig ärgerlich ist der kommentarlose Bezug auf die 1978 in Namibia durchgeführten und durch die UN für illegal erklärten Wahlen (210), mit denen das Apartheidregime in Südafrika eine einseitige Unabhängigkeit des Landes zu legitimieren suchte. Wer ernstlich postkoloniale Wissenschaft betreiben möchte, sollte sich vor allem vor Scheuklappen hüten und genau hinschauen.

Dennoch will man, will man sich mit dem Völkermord in Namibia und der keineswegs völlig beendeten Debatte darüber einschließlich ihrer revisionistischen Ausformungen befassen, an diesem Buch nicht vorbeikommen. In diesem Sinne wäre dem Werk eine gründlich überarbeitete zweite Auflage zu wünschen. Die könnte zugleich die „Wissensgeschichte“ um eine Perspektive ergänzen, die jetzt leider völlig fehlt: Erst eine auch wissenssoziologische Untersuchung kann helfen, zu klären, welche Verbreitung und gesellschaftliche Bedeutung das Wissen, um das es hier geht, eigentlich hatte. Nur unter dieser Bedingung lässt sich aber die Frage der kolonialen Amnesie ernstlich prüfen, die Bürger zunächst anspricht, in ihrer Schlussbetrachtung aber bestreitet.

Reinhart Kößler

Charles Laurie: *The Land Reform Deception. Political Opportunism in Zimbabwe's Land Seizure Era*. Oxford: Oxford University Press 2016, 398 Seiten, <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199398294.001.0001>

Land ist eine emotional besetzte und symbolisch aufgeladene Ressource. Deshalb können politische Agitator/-innen

Landrechte und Landzugang leicht für propagandistische Zwecke instrumentalisieren, wie das Fallbeispiel Zimbabwe zeigt. Insbesondere in politischen und wirtschaftlichen Krisen, in denen Bürger/-innen an der Legitimität der Regierenden zweifeln, ist dies offenkundig. So bildete ein Verfassungsreferendum im Jahr 2000 eine Zäsur: Damals lehnten die Wahlberechtigten einen Verfassungsentwurf der Regierungspartei *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front* (ZANU-PF) ab. In der Folgezeit eskalierten vor und nach Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Gewaltexzesse gegen weiße Großfarmer und schwarze Farmarbeiter, die von der Regierung unter Generalverdacht gestellt wurden, die Opposition zu unterstützen. Das ist der politische Rahmen der vorliegenden und fundierten Studie.

Charles Laurie hat sein Buch, das auf einer Dissertation an der Universität Oxford basiert, chronologisch aufgebaut. In insgesamt neun Kapiteln und einem konzeptionellen Schlusswort analysiert er, wie wenig die propagandistische Rhetorik von einer angeblich umfassenden Landumverteilung, die ökonomische Probleme der Landbevölkerung reduziert habe, der Realität entspricht – im Gegenteil: Hunderttausende Farmarbeiter und deren Familien wurden arbeitslos, verloren ihr Hab und Gut, wurden von Farmbesetzern bestohlen und brutal misshandelt. Viele mussten die Farmen gezwungenermaßen verlassen – das betraf auch kenntnisreiche und erfahrene schwarze Vorarbeiter mit umfangreichem technischem Know-how. Verarmt und arbeitslos suchten sie in informellen städtischen Siedlungen Zuflucht.

Lauries akribische empirische Forschung basiert auf über einhundert Interviews mit Farmarbeitern, Farmerbesitzern, Farmbesetzern, Polizisten, Militärs und sogar früheren Geheimdienstmitarbeitern. Zudem hat der Autor Dokumente von Menschenrechtsorganisationen zu Gewaltübergriffen ausgewertet, diese kartiert und zeitlich genau aufgeschlüsselt. Gewalt und Zerstörungen betrafen auch die Tiere auf den Farmen, etwa Milchkühe, und die kostspielige technische Infrastruktur, z.B. spezielle Bewässerungssysteme. Unter Bezug auf offizielle Dokumente zum drastischen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion für die Grundversorgung und den Export weist die Studie nach, wie dramatisch die ökonomischen Folgen der illegalen Farmenteignungen sind. Seit etlichen Jahren ist Zimbabwe, das während der 1980er Jahre als Brotkorb im südlichen Afrika galt und sogar in Dürrezeiten Maisüberschüsse exportierte, auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Der Politologe arbeitet multiperspektivisch, stellt unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen vor und hat Dynamiken über längere Zeiträume im Blick. Seine kenntnisreiche, differenzierte und selbstkritisch reflektierende Analyse bildet einen Kontrast zu etlichen ideologisch eingefärbten Publikationen, in denen mehr oder weniger regimenahe Forscher die Vorteile der Landreform preisen und sich dabei auf enge Kooperationen mit staatlichen Agrarberatern beziehen, mit denen sie einzelne Siedlungen besuchten. Dortige Befunde nahmen diese Forscher dann zum Maßstab für landesweite Erfolge oder gaben mit einer Entlarvungssattitüde sogar vor, Mythen zur Landreform aufzudecken.

Im Unterschied zu derartiger nationalistischer Forschung und Geschichtsschreibung, die von zimbabwischen und manchen europäischen Wissenschaftlern betrieben wird und letztlich regimestabilisierend wirkt, behandelt dieses Buch Gewaltausbrüche nicht als partikuläre Entgleisungen, als Einzelfälle und Ausnahmen, sondern als Strukturprinzip des Regierens und gezielt eingesetztes Machtmittel des Mugabe-Regimes.

Laurie widmet sich den desaströsen Folgen gewaltsamer Herrschaftspraktiken, die schwarze Landbewohner/-innen schon vor den illegalen Farmenteignungen im Jahr 2000 betrafen. Bereits im Unabhängigkeitskrieg während der 1970er Jahre setzten Guerillakämpfer sie massiv unter Druck oder bezichtigten sie allein auf Verdacht hin des Verrats, was ein Freibrief für öffentlich inszenierte Morde war. Nach der politischen Unabhängigkeit 1980 geriet die ländliche Ndebele-Bevölkerung unter Generalverdacht, einen Staatsstreich anzuzetteln. 20.000 Menschen wurden von einer militärischen Spezialeinheit umgebracht.

Von der Neuaufteilung der Großfarmen, die bis ins Jahr 2000 Weißen gehört hatten, profitierten nicht – oder nur zu einem sehr geringen Teil – verarmte, kleinbäuerliche Familien, sondern vor allem ranghohe Militärs, Geheimdienstchefs und Politiker. Das betraf insbesondere Farmen mit fruchtbaren Böden im Umfeld von Harare, einem infrastrukturell gut erschlossenen und regenreichen Gebiet. Farmen, die weiter von der Hauptstadt entfernt und in arideren Gebieten lagen, gingen an mittlere Staatsbeamte, die aber weder Wissen noch Kapital hatten, um ihre neuen Besitztümer effizient zu bewirtschaften. Peripher gelegene

Farmen, in denen wegen schlechter Böden und mangelnder Regenfälle kaum Anbau, sondern nur etwas Rinderhaltung möglich war, wurden regimetreuen Kleinbauern/-innen zur Verfügung gestellt. Diese besaßen aber mehrheitlich nicht die notwendige Technik, der Rechtsstatus ihrer Besitztümer war unsicher und sie galten nicht als kapitalwürdig. So erhielten viele Farmbesetzer/-innen und Personengruppen, die auf die Großfarmen geholt wurden, keine Möglichkeiten zur nachhaltigen Land- bzw. Weidenutzung, was bereits mancherorts zu ökologischen Problemen führte. Auch die mangelnde Infrastruktur, etwa der Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheitseinrichtungen und Schulen, belastet die neu angesiedelten armen Familien. Die von der Regierung propagandistisch verklärte Landumverteilung, die nicht mit ergänzenden ländlichen Entwicklungsmaßnahmen einherging, bedeutet für die Begünstigten vor Ort oft sogar weiterhin bittere Armut.

Laurie negiert keineswegs, dass es nach 1980 notwendig gewesen wäre, eine umfassende, ökonomisch und ökologisch tragfähige Landreform durchzuführen. Dazu hätte die Regierung Robert Mugabes Möglichkeiten gehabt, diese jedoch nicht genutzt. Auch der britischen Regierung und anderen internationalen Akteuren wirft der Autor Fehler vor und weist diese anhand diplomatischer Entscheidungen nach. Der ZANU-PF ging es nach 2000 weniger darum, gerechte Besitzverhältnisse und lokale Entwicklungsansätze in ländlichen Gebieten zu schaffen, sondern sie stellte Menschen, die als potenzielle Wähler/-innen oder Unterstützer/-innen der erstarkten Opposition verdächtig

wurden, unter Generalverdacht, schüch-terte sie gewaltsam ein und bestrafte sie. Dazu gingen Schlägertrupps mit Unterstützung des Geheimdienstes, oft auch mit militärischer und polizeilicher Förderung, brutal gegen diejenigen vor, die bis dato für die Nahrungsmittelproduktion, Steuereinnahmen des Staates, Exporte und Devisen gesorgt hatten.

Lauries Buch ist nicht nur für Zim-babwe-Experten/-innen von Interesse, sondern auch für diejenigen, die bereit sind, sich kritisch mit Befreiungsbe-wegungen an der Macht und Herr-schaftspraktiken autoritärer Regime auseinanderzusetzen.

Rita Schäfer

David Coltart: *The Struggle Continues. 50 Years of Tyranny in Zimbabwe*. Kapstadt: Jacana Publishers 2016, 664 Seiten

Der Titel des Buches ist Programm. Diese politische Autobiographie gibt nicht nur einen Einblick in verschiedene Lebensphasen und Aufgaben des Autors, eines außergewöhnlichen simbabwischen Politikers und früheren Bildungsministers, sondern sie ist gleichzeitig ein Zeugnis der turbulenten Geschichte des Landes seit den 1950er Jahren. In insgesamt 29 chronologisch aufgebauten Kapiteln zieht der Autor einen zeitlichen Längsschnitt, der die Problematik des Regimes unter Ian Smith sowie den Unabhängigkeitskrieg in den 1970er Jahren beschreibt (Kapitel 2 bis 7). Das Zentrum des Buches bilden aber die Jahrzehnte nach der politischen Unabhängigkeit 1980 (Kapitel 8 bis 29).

Kurz skizziert Coltart die Geschichte seiner Vorfahren im Kontext der britischen Siedlerkolonien im südlichen

Afrika. Man erfährt Binnenperspektiven zu den Verbindungen zwischen Süd-afrika und dem früheren Rhodesien, wo er 1957 geboren wurde (Kapitel 1). Seit dem Kleinkindalter lebt der ausgebildete Jurist in Bulawayo, der zweitgrößten Stadt im Südwesten des Landes. Dort gründete er eine Anwaltskanzlei und eine Nichtregierungsorganisation zur Beratung und Verteidigung von Opfern politisch motivierter Gewalt. Schließlich geriet die Bevölkerung dieses Landes-teils ab 1983 jahrelang ins Visier einer äußert brutalen militärischen Spezialeinheit, der 5. Brigade, die folternd und mordend die Menschen im so genannte Matabeleland terrorisierte, weil sie angeblich Dissidenten unterstützten (Kapitel 9). Coltart wirkt an der Doku-mentation *Breaking the silence* mit, die zahlreiche Gewaltakte auflistet und an die Mordopfer und Verschwundenen erinnert. Diese Dokumentation sorgte für viel Furore in Simbabwe und im Aus-land, da Robert Mugabe vom Westen als anti-kolonialer Befreiungsheld umjubelt wurde, die blutrünstige 5. Brigade aber direkt seinem Oberbefehl unterstand.

Das Recht, in Simbabwe zu wohnen, das Recht auf Staatsbürgerschaft, ja das Recht auf Leben sprachen Präsident Mugabe und dessen Schergen auch dem Menschenrechtsanwalt Coltart immer wieder ab – Mugabe oftmals in pro-pagandistischen Reden, die zitiert und datiert im Buch dokumentiert werden. Gewaltbereite Schläger und Sicherheits-kräfte machen mit gezielten Übergriffen und Todesdrohungen auch vor Coltarts Familie nicht Halt. Coltart ist keines-wegs eine Ausnahme, vielmehr ist er exemplarisch für all jene, denen aus poli-tischen Gründen Gewalt angedroht und angetan wurde, die bis heute von Polizei

oder Geheimdienst bedroht werden oder deren Gesundheit durch Folter und menschenunwürdige Haftbedingungen ruiniert wird. So durchzieht das Buch eine lange Liste mit Mordfällen und zahlreichen dubiosen Autounfällen mit Militärfahrzeugen – auch von unliebsam gewordenen Ex-Befreiungskämpfern. Etliche der so zu Tode Gekommenen wurden ironischerweise auf dem Heldenfriedhof beigesetzt. Coltart zieht das nüchterne Fazit, in Simbabwe gebe es keine Demokratie. Die Ursachen dafür verortet er aber nicht nur im repressiven Mugabe-Regime, sondern bereits in der auf Gewalt ausgerichteten Regierung unter Ian Smith vor und während des Unabhängigkeitskriegs.

Gewalt ist nicht das einzige Machtinstrument, das Demokratie verhindere. Coltart zufolge sind Wahlmanipulationen ein weiteres Mittel, den Wählerwillen so zu ändern, dass Oppositionsparteien als Verlierer aus Urngängen hervorgehen. Dennoch kämpft er gegen die Allmacht der Regierungspartei ZANU-PF und war temporär für die Opposition im Parlament. Er wirkte sogar im Rahmen einer Einheitsregierung zwischen 2009 und 2013 als Bildungsminister. Die Misere des Bildungssektors zu seinem Amtsbeginn zeigte sich bereits im Gebäude des Ministeriums, als er es erstmals betrat. Seit Monaten funktionierte die Wasserversorgung nicht, und das Treppenhaus war zur Toilette umfunktioniert worden. Coltarts Vorgänger hatte aber auch keinerlei schriftliche Dokumente hinterlassen. So begann Coltart ohne konkrete Daten über Schulen, Schüler*innen und Lehrer*innen. Faktisch hatten Lehrer*innen monatelang keine Gehälter erhalten; viele waren bereits ins Nachbarland Südafrika emigriert. An den

Schulen fehlten zudem Schulbücher und andere Lehrmittel – und das in einem Land, dessen Bildungssektor auf dem Kontinent als vorbildlich galt. Coltart beschreibt, wie er alles daransetzte, internationale Gelder für den Druck von mehreren Millionen Schulbüchern zu beschaffen, und wie er sicherstellte, dass diese nicht in korrupten Kanälen verschwanden, sondern wirklich in den Schulen ankamen. Wie paranoid die Regierungspartei ZANU-PF reagierte, zeigte sich an Einschätzung, die Bücher seien eine Aufforderung zum Regimewechsel – angezettelt von westlichen Mächten.

Das vorliegende Buch überzeugt durch die Ehrlichkeit des Autors, Konflikte und Schwierigkeiten anzusprechen. Das betrifft auch personelle und organisatorische Probleme in der Opposition. Zudem berichtet er von persönlichen Enttäuschungen und Sorgen, Selbstzweifeln und eigenen Meinungsänderungen im Lauf seines Lebens. Er kritisiert westliche Mächte, die viel zu lange die Gewaltmaschinerie des Mugabe-Regimes ignoriert hätten, und schließt mit der Hoffnung, die Bürger*innen Simbawes würden einen Weg finden, ihr Land wiederaufzubauen und friedlich zusammenzuleben. Die Aufarbeitung politisch motivierter Gewalt sei dafür bedeutend. Das umfangreiche und gut lesbare Buch sei all jenen empfohlen, die nicht mit vorgefassten engen Schablonen die Probleme Simbawes erfassen und offen sind für differenzierte Einschätzungen und Binnenperspektiven.

Rita Schäfer

Richard Saunders & Tinashe Nyamunda (Hg.): *Facets of Power. Politics, Profits and People in the Making of Zimbabwe's Blood Diamonds*. Johannesburg: Witwatersrand University Press 2016, 215 Seiten.

Marange – dieses Wort klingt für einige in Simbabwe nach märchenhaftem Reichtum durch Diamanten, die direkt unter der Erdoberfläche gefunden werden. Für zahllose Menschen bedeuten die Marange-Minenfelder im Osten des Landes aber Mord, Gewalt, Ausbeutung, Steuerhinterziehung und Korruption in großem Stil. Diesen Gegensatz untersucht der vorliegende Sammelband. In insgesamt zehn Kapiteln gehen vor allem simbabwische Politologen/-innen, Geographen/-innen, Umweltrechtler sowie Aktivisten/-innen aus lokalen Nichtregierungsorganisationen den „Blutdiamanten“ auf die Spur. Die Diamanten wurden 2006 im Distrikt Mutare gefunden – konkret im Chiadzwa und Mukwada Ward, einer peripheren Region an der mosambikanischen Grenze, die von geringen Regenfällen, wiederholten Dürren und dementsprechend erschwelter Landwirtschaft geprägt ist.

Den radikalen Wandel durch den Diamantenboom zeigen die Autoren/-innen multiperspektivisch auf. Ihr hohes Analyseniveau ermöglicht es, Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen und politischen Aspekten sowie lokalen, nationalen und internationalen Dimensionen der Konfliktynamiken zu erfassen.

Besonders überzeugend sind die detaillierten Erläuterungen von *Farai Maguwu* zu den Schwierigkeiten, den so genannten Kimberley-Prozess zur

Vermeidung von Konfliktdiamanten in Simbabwe umzusetzen. Der Autor arbeitet für das *Centre for National Resource Governance* und beschreibt die Gewalt, die das simbabwische Militär im Oktober und November 2008 in den Minengebieten ausübte. Eine kleine Nichtregierungsorganisation in Mutare hatte die Gewaltexzesse, die über 120 Menschenleben forderten, dokumentiert und legte ihre Übersicht Anfang Juli 2009 den für die Zertifizierung im Rahmen des Kimberley-Prozesses (KP) Verantwortlichen vor. Da die simbabwische Regierung großes Interesse hatte, wieder legal Diamanten zu exportieren, wurden Vertreter/-innen der zivilgesellschaftlichen Organisation, die über die fortwährende Gewalt in den Minen berichtete, von Sicherheitskräften unter Druck gesetzt. Der damalige Minenminister Olbert Mpfu, der die simbabwische Regierung im KP offiziell vertrat und mittels persönlicher Kontakte in dieses Gremium hinein agitierte, warf ihnen vor, westlich gesponsert zu sein und dem Ansehen Simbawes sowie dem internationalen Verkauf seiner Diamanten zu schaden.

Die KP-Zertifizierungsverantwortlichen beriefen sich zunächst auf die Berichte der lokalen NGO aus Mutare, wandten sich aber schließlich von ihr ab und gaben einer Organisation in der Hauptstadt Harare den Vorzug, die Informationen über Gewaltübergriffe auf der Grundlage von „Desk Studies“ sammelte, weil sie in Marange selbst keine Basis hatte. So zeigte sich laut Maguwu das strukturelle Dilemma des Kimberley-Prozesses (KP), denn neben menschenrechtlichen Interessen spielten auch Unternehmerforderungen in die Verfahren zur Sanktionierung von

Konfliktdiamanten hinein. Vertreter der belgischen Diamantenindustrie wollten im Jahr 2010 die Beziehungen mit Simbabwe „normalisieren“. Um die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen bestehenden Sanktionen zu lockern, brauchten sie zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht fortlaufend die Gewaltakte der staatlichen Sicherheitskräfte im Diamantensektor auflisteten. Menschenrechtsverteidiger/-innen wurden im KP immer mehr marginalisiert, bedroht oder inhaftiert. Eindrücklich schildert Maguwu das Dilemma der lokalen NGO in Mutare, als sie von Vertreter/-innen der Regierungspartei unterwandert wurde. Das Machtgefüge im KP spiegelte sich auch darin, dass weder die dortigen Verantwortlichen noch zuständige Mitarbeiter/-innen im Innenministerium danach fragten, was aus den 357,11812 Karat wurden, die von der Polizei 2010 konfisziert worden waren.

Der Korruption in Polizei und Militär widmet sich auch *Tinashe Nyamunda*, ein Experte für Simbawwes Finanzpolitik und die formelle sowie informelle Ökonomie. Er beschreibt die Korruption als integralen Bestandteil der Dynamiken des Diamantenbooms sowie deren Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. So wurden ab 2006 die leicht zu findenden Diamanten von lokalen Bewohnern und zugereisten Glücksuchern an Händler in den größeren Städten im Osten des Landes sowie grenzübergreifend in Mosambik verkauft. Dazu bildeten sich kleine Syndikate. Diese waren entweder auf familiär-verwandtschaftlicher Ebene und relativ freiwillig oder auf der Basis von Zwang organisiert.

Nyamunda zufolge waren die Kleinschürfer vor allem Menschen, die sich

in Existenznot befanden. Die vom Mugabe-Regime tolerierten und forcierten Enteignungen weißer Farmer in großem Stil hatten ab dem Jahr 2000 zahlreiche Farmarbeiter/-innen in die Arbeitslosigkeit getrieben. 2005 zerstörten Sicherheitskräfte Stände und Unterkünfte von Kleinhändler/-innen in der Hauptstadt. Davon waren etwa 700.000 Menschen betroffen, etliche davon frühere Farmarbeiter/-innen. Der weitere wirtschaftliche Niedergang und die Hyperinflation verschlimmerten die Existenznot. So suchten ab 2006 über 20.000 Menschen in kürzester Zeit auf den Diamantenminenfeldern in Marange ihr Glück. Der Autor beschreibt anschaulich, dass es trotz der oftmals weit unter Wert verkauften Diamanten etlichen Menschen gelang, auf dem Wege überhaupt zu überleben.

Ihren Anteil an den lokalen Ressourcen forderten auch Polizisten ein, deren Gehälter angesichts der Hyperinflation extrem gering waren. So entwickelte sich eine lokale Schattenökonomie, von der auch Soldaten vor Ort profitierten. Ranghohe Militärs wollten aber mehr Kontrolle über die lukrativen Minen. Sie ließen informelle Schürfer gewaltsam vertreiben. Nyamunda weist auch auf die Erschütterungen der lokalen sozialen Ordnung hin, die durch die Massenzuwanderung und die Gewaltmuster ausgelöst wurden. Dazu zählten Prostitution, Geschlechtskrankheiten und Alkoholmissbrauch. Ein Teil der Bevölkerung wurde schließlich nach 2008 zwangsumgesiedelt und fristet auf einer enteigneten Großfarm mit zerstörter Infrastruktur ihr Dasein.

Diese zwei Beiträge sind exemplarisch für das lesenswerte Buch. Andere Artikel widmen sich den Details der

Zwangsumsiedlungen, der Situation von Kindern oder neuen Diamantenunternehmen, die inzwischen in Interessensallianz mit Vertretern der militärischen Elite die Minen kontrollieren und am Fiskus vorbei große Gewinne machen.

Rita Schäfer

Thierry M. Luescher, Manja Klemenčič & James Otieno Jowi (Hg.): *Student Politics in Africa: Representation and Activism*. Cape Town: African Minds 2016, 267 Seiten

Studierende gehören zu einer weltweit mobilisierenden Gruppe. Insbesondere in afrikanischen Ländern wurden sie seit den Unabhängigkeitsbewegungen und der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten in den frühen 1960er Jahren immer wieder zu politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren; afrikanische Universitäten waren und sind nicht selten Austragungsort politischer Auseinandersetzungen. Während Studierendenbewegungen in den 1960er Jahren stark im Fokus medialer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit standen, hat das Interesse zwischenzeitlich abgenommen und wird erst in jüngerer Vergangenheit wieder stärker.

Der vorliegende Sammelband beinhaltet zwölf Beiträge zu studentischem Aktivismus und studentischer Politik in unterschiedlichen afrikanischen Ländern und nimmt dabei sowohl die historische als auch die aktuelle Relevanz des Untersuchungsgegenstandes in den Blick. Die Autor_innen stellen systematische und historische Betrachtungen studentischer Repräsentation und Mobilisierung dar und geben detaillierte Einblicke in (empirische) Einzelfallstudien in einem

bislang eher wenig erschlossenen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich. Gemeinsame bzw. wiederkehrende Themen sind unter anderem die Privatisierung und Kommerzialisierung von höherer Bildung in Afrika sowie die Vermassung (*massification*) der Hochschulen. Beides spielt eine große Rolle für die Veränderungen von studentischer Politik und Mobilisierung.

Im Vorwort skizziert *Philip Altbach* in historischer Perspektive Studierende als Akteure weltweit. Dabei stellt er zunächst die zentrale Bedeutung von Studierenden für die Institution Hochschule dar. Insbesondere die Entwicklungen in europäischen Ländern zeigten allerdings seiner Auffassung nach, dass Studierende nach den studentischen Unruhen der 1960er Jahre tendenziell wenig politischen Einfluss nehmen. Im Gegensatz dazu seien in einigen Ländern Afrikas Studierende am Umsturz von Regierungen beteiligt gewesen und verfügten noch immer ein großes politisches Potenzial (xi-xii).

Die „massification“ der Hochschulbildung steht in Afrika noch in den Anfängen. Die Studierenden sehen sich durch diesen Prozess jedoch damit konfrontiert, dass ihre Privilegien abnehmen. Die Veränderung der Hochschulen seit Einrichtung nationaler Bildungssysteme ist der gemeinsame Gegenstand der zwölf Kapitel; sie wurden vorwiegend von jungen afrikanischen Wissenschaftler_innen verfasst. Die Kapitel 6 von *Samuel N. Fongwa & Godlove N. Chifon* und 7 von *Bekele Workie Ayele* befassen sich mit Fallstudien zu einzelnen Universitäten in Kamerun bzw. Äthiopien. In Kapitel 8 vergleichen *Taabo Mugume & Mesharch W. Katusiimeh* die

Repräsentationsstrukturen von Studierenden an der *Makerere University*, einer staatlichen, und der *Uganda Christian University*, einer privaten Hochschule in Uganda.

Während einige Beiträge des Buches stärker die historische Dimension in den Vordergrund der Auseinandersetzung rücken, erarbeiten andere einen Überblick bzw. die Darstellung empirischer Fallstudien. Bei einigen empirischen Texten hätte man sich mehr Einblick in die konkreten Erhebungs- und Auswertungszusammenhänge gewünscht. Andere Kapitel haben einen stärker analytisch-theoretischen Ansatz und untermauern diesen mit Illustrationen aus empirischen Forschungen. In Kapitel 5 versucht *Pascal Bianchini*, Vergleichsdimensionen zu entwickeln. Dazu systematisiert er Studierendenbewegungen und -organisationen im frankophonen Afrika an den Beispielen Senegals und Burkina Faso. Er beschreibt drei Perioden, in denen Studierende eine wichtige sozio-politische Rolle spielten: das Zeitalter des Anti-Kolonialismus (1950er und 1960er Jahre), das Zeitalter des Anti-Imperialismus (späte 1960er bis frühe 1980er Jahre) sowie das Zeitalter der Anti-SAP (d.h. des Widerstands gegen die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) und der Pro-Demokratisierung (ab den 1990er Jahren) (87).

Ibrahim Oanda (Kapitel 4) spricht von drei Phasen der Transformation. Die erste Phase beginnt mit der Errichtung der Universitäten während der Kolonialzeit, in der die afrikanischen mit europäischen Universitäten affiliert waren. Die zweite Phase seit 1970 ist durch die Unabhängigkeit afrikanischer Staaten gekennzeichnet. In dieser Zeit

wurden die Hochschulen zu nationalen Bildungseinrichtungen transformiert. Die dritte Phase ab ca. 1980 zeichne sich durch eine Bildungsexpansion im Hochschulsektor, Sparprogramme, teilweise Privatisierung öffentlicher Bildung sowie die Gründung privater Universitäten aus (62). Diese Phasen spiegeln sich auch in der politischen Partizipation der Studierenden wieder. Obwohl die Repräsentation von Studierenden in der ersten Phase eng begrenzt war, haben sich bereits in dieser Zeit studentische Vereinigungen gebildet, die sich für die politische Unabhängigkeit einsetzten (81). Diese Vereinigungen zeigten eher radikale, aktivistische und nationalistische Tendenzen, die oft mit Ideen des Pan-Afikanismus einhergingen. In der zweiten Phase erweiterte sich der Freiraum der Studierenden, sich an ihren Hochschulen zu organisieren, blieb aber weiterhin begrenzt. Studierende waren nun damit konfrontiert, dass die ehemaligen studentischen Anführer_innen die politische *leadership* in ihren Ländern übernommen hatten. Die dritte Phase schließlich sei durch eine Vertiefung neoliberaler Tendenzen und ethnischer Gräben sowie das Fehlen ideologischer und politischer Ausrichtungen studentischer Politik gekennzeichnet (82).

Kapitel 3 von *Thierry Luescher* nimmt Schlüsselkonzepte, analytische Ansätze und theoretische Perspektiven, die für die Untersuchung studentischer Politik und Repräsentation von Bedeutung sind, in den Blick. Es behandelt u.a. die theoretischen Arbeiten von Philip Altbach, Burton Clark, Leon Epstein, Johan Olson und Martin Trow. Es endet mit den Ereignissen, die unter dem Schlagwort *#RhodesMustFall* im Jahr 2015 in Kapstadt stattfanden, und

illustriert die Relevanz und den Nutzen der theoretischen Konzepte für die Analyse gegenwärtiger Ereignisse.

Der Sammelband beinhaltet sehr unterschiedliche Beiträge. Etwas mehr bzw. eine deutlichere Systematisierung wäre wünschenswert gewesen. Die Stärke des Bandes liegt allerdings darin, die Breite eines sozialwissenschaftlich relevanten Themenfeldes abzubilden und Anknüpfungspunkte für weiterführende Analysen sowie aktuelle Debatten zu liefern. Das Buch greift einerseits studentische Mobilisierung und andererseits studentische Repräsentationsstrukturen auf, zeichnet (exemplarisch) historische Entwicklungen nach und ermöglicht Bezüge zu aktuellen Geschehnissen.

Anna Deutschmann

Keith Breckenridge: *Biometric State. The Global Politics of Identification and Surveillance in South Africa, 1850 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press 2016, 252 Seiten

Biometrie hat eine Geschichte, die weit vor die Erfindung der ersten Computer zurückreicht und die in heutiger Zeit mit dem systematischen Erfassen von Gesichtern bei Grenzübertritten, etwa bei Einreisen in die USA, nicht vergessen werden sollte. Südafrika war ein Schaltzentrum der Nutzung und Ausdifferenzierung biometrischer Messungen. Die Ursprünge liegen in der systematischen Erfassung und zentralen Dokumentation von Fingerabdrücken, die für den Aufbau autoritärer staatlicher Herrschaftsapparate während der Kolonialzeit und Apartheid genutzt wurden.

Keith Breckenridge, stellvertretender Direktor des renommierten *Institute for Social and Economic Research* der *Universität Witwatersrand* in Johannesburg, zeigt kenntnisreich und akribisch auf, welche Schlüsselrolle Südafrika für die Biometrie als wesentlichem Element des Regierens im 20. Jahrhundert hatte. Darüber hinaus ist es sein Anliegen, die vielfältigen Verbindungen zwischen Großbritannien, Indien und dem Witwatersrand im Kontext der Bürokratisierung von Einwanderungskontrolle und Herrschaft zu analysieren. Schließlich hatte der Großraum Johannesburg als entstehendes Industriegebiet eine große Sogwirkung für Migranten nicht nur aus dem südlichen und östlichen Afrika, sondern auch aus anderen Kontinenten. Indem der Autor Südafrika mit weiteren Kontexten der britischen Kolonialgeschichte, wie dem Aufbau der staatlichen Bürokratie im 1948 unabhängig gewordenen Indien in Beziehung setzt, erweitert er auch den engen nationalhistorischen Fokus, mit dem die Geschichte Südafrikas sonst oft betrachtet wird. Vielmehr geht es ihm um Verflechtungen und den Stellenwert des Landes für kolonialen und nachkolonialen Verwaltungsaufbau.

Zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema nähert sich Breckenridge der biometrischen Erfassung aus unterschiedlichen Perspektiven an; diese umfassen theoretische und empirische Zugänge. Sein Buch ist in sechs Kapiteln sowie eine Einleitung und ein Schlusswort aufgeteilt. In der Einleitung legt er seine theoriegeleiteten Reflexionen über den Staat im Allgemeinen sowie den kolonialen und nachkolonialen Staat in Afrika im Besonderen dar, skizziert Ursprünge

der Biometrie und erläutert den Aufbau seiner Studie. Hinsichtlich der theoretischen Grundlagen interessieren ihn vor allem Hannah Arendts Überlegungen zur Verbindung von Bürokratie und Despotismus sowie die Bedeutung Südafrikas als eines wissenschaftlichen Labors des Empires und der bürokratischen Technologien zur Rassentrennung.

In zeitlichen Rückblenden analysiert der Autor im ersten Kapitel die Bedeutung von Francis Galton, dem Erfinder der daktyloskopischen Identitätsnachweise – also der Nutzung der Fingerabdrücke zur individuellen Personenerkennung – und Vordenker der modernen Statistik. Laut Breckenridge hatte Galton, ein rassistischer Eugeniker, eine Obsession: das Ordnen von Menschen und Dingen. Sein wissenschaftliches Interesse basierte auf der Anthropometrie – dem Vermessen menschlicher Körper. Er unternahm mehrere Afrikareisen, darunter 1850 eine durch Südafrika, und war für die britische Kolonialverwaltung tätig. Ihm ging es um die Anwendung seiner Kenntnisse zum Regieren im Empire, beispielsweise in der Polizeiarbeit.

Daran knüpfte Edward Henry an, den die britische Kolonialregierung im Juli 1900 zur Förderung von Polizeieinheiten in die Minenstadt Johannesburg entsandte. Er zielte auf Verbesserungen der bürokratischen Erfassung von Arbeitern mittels ihrer Fingerabdrücke ab; konkret betraf das 60.000 chinesischen Vertragsarbeiter, wie das zweite Kapitel des Buches illustriert.

Im dritten Kapitel beleuchtet der Autor die Registrierung der indischen Vertragsarbeiter durch die Daktyloskopie und den Widerstand des 1893 nach Südafrika eingereisten Juristen

Mohandas Karamchand (Mahatma) Gandhi, der unter Bezug auf maskuline Ehrvorstellungen muslimischer und hinduistischer Einwanderer aus Indien gegen die systematische Erfassung durch Fingerabdrücke mobilisierte. Das vierte Kapitel schließt zeitlich und räumlich daran an und behandelt die Erfassung der schwarzen Bevölkerung in Natal. Im fünften Kapitel analysiert Breckenridge auf nationaler Ebene die umfassende Bevölkerungsregistrierung und ihre Einteilung nach Hautfarben unter der Apartheidregierung Hendrick Verwoerds, der die Kontrolle und Regulierung der afrikanischen Bevölkerung ausweitete und bürokratisch weiter systematisierte. Inbegriff der totalitären Kontrollen waren die Bewysboeks, so genannte Referenz- oder Pass-Bücher, in die Arbeitgeber, Wohnort und Steuerdetails sowie Fingerabdrücke eingetragen wurden. Das sechste Kapitel deckt die Nutzung der Fingerabdrücke im Kontext der Militarisierung des Staates auf.

Bemerkenswert sind die Ausblicke des Autors auf die Nutzung biometrischer Daten zur Verwaltung von Sozialhilfe, Kindergeld und Renten nach der Abschaffung der Apartheid und der politischen Wende 1994. Breckenridge zeigt, dass auch bei dieser Form der fürsorglichen Dienstleistung Fragen zu Staatsbürgerschaft und Kontrolle zu diskutieren sind. Insgesamt trägt seine fundierte, erkenntnisreiche Analyse, die auf eine umfassende konzeptionelle und empirische Erfassung des Themas aufbaut, dazu bei, zu verstehen, wie der Kolonial- und Apartheidstaat in Südafrika funktionierte und welche Auswirkungen und Nachwirkungen die biometrische Erfassung von Menschen nicht nur auf das demokratische

Südafrika, sondern auch auf andere Länder im britischen Empire hatte.

Rita Schäfer

Antje Daniel: *Organisation – Vernetzung – Bewegung. Frauenbewegungen in Kenia und Brasilien*. Münster u.a.: Lit 2016, 449 Seiten

Es erscheint naheliegend, soziale Bewegungen mit Hilfe von Theorien der Protest- und Bewegungsforschung zu betrachten. In Hinblick auf Mobilisierungen im Globalen Süden ist dies nicht selbstverständlich, da diese Bewegungen oft entweder vor dem Hintergrund der Zivilgesellschaftsanalyse oder aber als Einzelfallstudie ohne Einbettung in einen theoretischen Rahmen untersucht werden. Hier bietet das vorliegende Buch eine erfreuliche Ausnahme. In einer vielschichtigen Analyse vergleicht die Autorin die Frauenbewegungen in Kenia und in Brasilien, zwei Ländern also, die Austragungsort des Weltsozialforums waren. Der theoretische Analyserahmen greift dabei zentrale Konzepte der Bewegungsforschung wie kollektive Identität, Ressourcenmobilisierung, Deutung (*framing*) sozialer Probleme und politische Rahmenbedingungen auf, wird aber ebenfalls um Aspekte zur Transnationalisierung, Pfadabhängigkeit, Netzwerkanalyse und Organisationssoziologie erweitert. Ihre Studie unterteilt Antje Daniel in drei Abschnitte, welche die Struktur der Bewegung, ihre Einbettung in das lokale Umfeld und ihre Transnationalisierung in den Blick nehmen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Struktur und dem sich daraus ergebendem Handeln: den Akteuren, ihrer Vernetzung, der

Ausprägung der Bewegung und ihrer Mobilisierungsstrategien. Beim Lesen wird schnell deutlich, wie unterschiedlich die Frauenbewegungen in beiden Ländern sind. Damit erklärt sich auch die Absicht der Autorin, möglichst verschiedene Fälle zu wählen, denn „[...] erst vor dem Hintergrund des jeweilig Anderen tritt das Besondere hervor.“ (48) Hier liegt auch eine der Stärken des Buchs: Durch die Wahl eines transnationalen Phänomens wie der Frauenbewegung und seine Ausprägung vor Ort werden die Grenzen der Transnationalisierung erkennbar. In den Bewegungen werden transnationale Normen umgedeutet und an lokale Kontexte angepasst. Das hilft ihnen, gesellschaftlichen Anschluss zu bekommen. Allerdings finden bestimmte Genderfragen wie Feminismus, Prostitution oder Homosexualität mitnichten automatisch Eingang in deren Zielsetzung. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass transnationaler Austausch aufgrund sprachlicher, kommunikativer und finanzieller Barrieren beschränkt ist. Abgrenzungen finden allerdings nicht nur auf transnationaler Ebene statt, sondern gehen auch durch die Frauenbewegungen selbst. Stadt-Land-Unterschiede und sozio-ökonomische Differenzen wirken sich ebenfalls auf die Arbeitsweise und Agenden der einzelnen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NROen) aus. Diese sind wiederum oft von der Ressourcenausstattung beeinflusst.

An dieser Stelle tritt eine weitere Stärke des Buches hervor: Durch den systematischen Vergleich gelingt es Daniel, den weitreichenden Einfluss von Geldern der Entwicklungszusammenarbeit auf die Frauenbewegung zu zeigen. Auch hier zeigen sich deutlich

die Unterschiede sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder selbst zwischen Gruppierungen, die Zugang zu Entwicklungsgeldern haben, und denen ohne finanzielle Unterstützung von außen. In Kenia, wo für viele Frauen-NROen die finanzielle Zuwendung von Gebern oft die einzige Einkommensquelle ist, finden sich nur wenige Ehrenamtliche in der Bewegungsarbeit, stattdessen wird die Szene von professionellen NROen dominiert, die lediglich temporäre Mobilisierungen anstreben. Dabei gibt es bei den mobilisierten Frauen eine Erwartung, dass mit der Mobilisierung verbundene Kosten erstattet werden. Da die Arbeit in den NROen bezahlt wird, ist es für viele Mitarbeiter*innen ein Broterwerb, ohne dass damit notwendigerweise ideologische Überzeugungen einhergehen. Das wiederum wirkt sich auf die gemeinsame Identität aus, aufgrund derer sich die Aktivist*innen mobilisieren. Zudem werden identifizierte Themen nicht zwangsläufig nach dem Interesse der Bewegung oder ihrer Mitglieder ausgerichtet, sondern orientieren sich an den Vorgaben der Geberländer. Es entstehen so Hierarchien zwischen den Gruppen mit finanzieller Unterstützung und denen ohne. Letztere finden sich oft in ländlichen Gebieten, sind mehr an Wohlfahrtsleistungen als an Forderungen nach mehr Rechten orientiert und sind in gemeinsamen Aktionen mit den Frauen-NROen weisungsgebunden. Diese Spaltung erschwert zusätzlich das Wir-Gefühl der gesamten Bewegung.

In Brasilien dagegen ist die Entwicklungsarbeit zwar ebenfalls vorhanden, jedoch nicht im gleichen Ausmaß wie in Kenia. Die Frauenbewegung basiert hier vorrangig auf ehrenamtlichen

Mitgliedern und trägt somit eine stärkere ideologische Komponente. Die großen Bewegungen sind institutionalisiert, was eine langfristige Wirkungsweise möglich macht, außerdem finden sie durch die Anbindung an Parteien und Gewerkschaften eine breitere gesellschaftliche Basis. Finanzielle Zuwendungen finden hier ebenfalls statt, oft können sich die Bewegungen jedoch durch Mischfinanzierung mehr Unabhängigkeit bewahren. Besonders die Erkenntnisse, wie weitreichend internationale, finanzielle Zuwendung die Bewegungsstruktur und das Handeln in den einzelnen Ländern beeinflusst, macht das Buch auch für Mitarbeiter*innen der Entwicklungszusammenarbeit interessant.

Die Auswahl der Thematik und der spezifischen Fragestellung scheint eine logische Fortsetzung von Daniels akademischer Tätigkeit, durch ihren Hintergrund in den Afrika- und Lateinamerikastudien und der vergleichenden Politikforschung. Das ermöglicht es ihr, dieses reiche und theoretisch sehr fundierte Buch zu schreiben und gleichzeitig angemessen die jeweiligen kulturellen Kontexte zu berücksichtigen. Dabei antizipiert sie bereits mögliche Kritikpunkte, bspw. die Übertragbarkeit der Protest- und Bewegungstheorien auf den Globalen Süden oder die Mängel komparativer Methoden. So, argumentiert die Autorin, sei durch global zirkulierendes Wissen „[...] die Gegenüberstellung ‘nördlicher’ Wissensproduktion und südlicher Bewegungen nicht aufrechtzuhalten“ (364). Im Gegenteil werde durch die theoriefere Debatte analytisches Potenzial nicht ausreichend ausgeschöpft. Die vergleichende Methodik erlaubt es zudem, kontextspezifische Merkmale

der Frauenbewegung herauszuarbeiten und ihre Wechselwirkung mit anderen Analysekatégorien zu zeigen. Daniel vermeidet es dabei, multidimensionale Phänomene auf einfache Gesetzmäßigkeiten zu reduzieren, indem sie diese in größtmöglicher Bandbreite beschreibt.

Der sich daraus ergebenden komplexen Analyse vielfältiger Merkmale und ihrer Wechselwirkungen kann ich hier nicht ausreichend Rechnung tragen. Das Buch ist in seiner Vielschichtigkeit beeindruckend und leistet einen wichtigen Beitrag zur Protest- und Bewegungsforschung, indem es die Diversität innerhalb einer transnationalen Bewegung, zwischen Globalem Norden und Globalem Süden, aber auch zwischen den einzelnen Ländern und zwischen urbanem und ruralem Raum aufzeigt. Damit hebt die Studie die Herausforderung hervor, vor der langfristige, kollektive Mobilisierungen stehen. Denn diese Mobilisierungen können im Endeffekt keine singuläre, von allen geteilte, transnationale Identität gewährleisten. Vielmehr entwickelt sich kollektive Identität in spezifischer Ausprägung kleiner Gruppen gemäß ihrem lokalen Umfeld.

Anna Fichtmüller

Patrick Bond & Ana Garcia
(Hg.): *BRICS. An Anti-Capitalist Critique*. Chicago: Haymarket Books 2015, 300 Seiten

Seit mehr als zehn Jahren wird der wirtschaftliche und damit einhergehend der machtpolitische Aufstieg nicht-westlicher Staaten intensiv diskutiert. Politologen wie Daniel Flesmes vom *German Institute of Global and Area Studies* oder Oliver Stünkel von der brasilianischen

Fundação Getúlio Vargas sprechen von der „kreativen Netzwerkdiplomatie“ aufstrebender Mächte in einer „post-westlichen Welt“. Ökonomen wie Jim O’Neill und Dominic Wilson – beide für *Goldman Sachs* tätig – haben das beträchtliche wirtschaftliche Potenzial von Brasilien, Russland, Indien und China untersucht und das Akronym „BRIC“ geprägt. Seit 2009 gibt es BRIC als politische Organisation. 2011 kam Südafrika hinzu. Das lose Staatenbündnis wurde zu BRICS und drängt mit Erfolg auf eine Machtverschiebung in internationalen Organisationen wie der Weltbank oder stellt diesen Alternativen wie die *Neue Entwicklungsbank der BRICS* entgegen.

Progressive Akademiker haben eine zwiespältige Haltung zu BRICS – sowohl zu der Organisation als Ganzer als auch zu den einzelnen Staaten. Einerseits wirkt BRICS der Vorherrschaft des Globalen Nordens entgegen. Zumindest in ihrem Selbstverständnis vertreten Brasilien, China, Indien und Südafrika – nicht jedoch Russland – die Interessen des Globalen Südens, zum Beispiel bei Verhandlungen über Agrarsubventionen und -zölle. Andererseits verfolgen die fünf Mächte oft rein eigennützige Ziele. Sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht wird Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika und Großkonzernen aus diesen Ländern nicht zu Unrecht neo-kolonialistisches Verhalten vorgeworfen.

Um genau diesen Widerspruch dreht sich der vorliegende Sammelband. Der Südafrikaner Patrick Bond und die Brasilianerin Ana Garcia haben Beiträge einer international gemischten Autor*innenschaft mit einem hohem Anteil von Wissenschaftler*innen

zusammengestellt, die im Globalen Süden forschen und lehren. Das Buch besteht aus drei Teilen. Der erste Teil beleuchtet in Anlehnung an die Welt-systemanalyse konzeptionell die Rolle Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas im internationalen System. Die entsprechenden Beiträge fußen auf verschiedenen Verständnissen von Imperialismus, machen jedoch alle deutlich, dass diese Länder konstitutive Bestandteile des kapitalistischen Welt-systems, nicht seine Kontrahenten sind.

Im zweiten Abschnitt geht es um die fünf aufstrebenden Mächte als vermeintliche Impulsgeber für wirtschaftliche Entwicklung im Globalen Süden. So gehen *Ana Garcia & Karina Kato* auf die Investitionen brasilianischer Konzerne in Afrika ein. Sie zeigen, dass das Bauunternehmen *Odebrecht* in Angola intransparent an staatliche Aufträge gelangt und der Bergbaugigant *Vale* in Mosambik eher Enklavenökonomien aufbaut, als Entwicklung zu Gunsten der Mosambikaner*innen zu befördern. Beide Länder werden so im Interesse des brasilianischen Großkapitals umgeformt, das auf Herstellung und direkten Export von Primärgütern setzt.

Die Studie von *Pedro Campos* überzeugt durch eine beeindruckende Recherchearbeit, die darlegt, dass brasilianische Bauunternehmen seit den 1970er Jahren vor allem in portugiesischsprachigen und südamerikanischen Ländern aktiv sind. Ihre Internationalisierung fand und findet in Boomphasen der brasilianischen Wirtschaft statt, also aus einer Position der Stärke heraus und nicht mangels Investitionsmöglichkeiten im Inland. Sie wurde verstärkt durch politische Initiativen wie die von Präsident Lula da Silva vorangetriebene

Süd-Süd-Kooperation. Zudem sind die Unternehmen im Ausland vor allem in den Bereichen aktiv, mit denen sie in Brasilien bereits Erfahrungen gemacht haben: große Staudämme mit Wasserkraftwerken und Überlandstraßen. In gewisser Weise exportieren sie deswegen das brasilianische Modell von territorialer Erschließung und wirtschaftlicher Entwicklung.

Der dritte Abschnitt beleuchtet Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika auf der globalen Ebene, beispielsweise mit Hinblick auf den Ressourcenboom des vergangenen Jahrzehnts. Leider lesen sich die hier versammelten, sehr kurzen Texte oftmals wie Leitartikel von Monatszeitschriften. Zudem verharren sie bei einfachen Aussagen, statt Neues zu liefern und in die Tiefe zu gehen. Diese und andere Schwächen – der Beitrag von *Elmar Altvater* beispielsweise ist inhaltlich wenig konsistent – hätten durchaus im Publikationsprozess angegangen werden können. Doch kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass es teils eher darum ging, bekannte Autor*innen zu gewinnen, als die Analyse voranzubringen.

Darüber hinaus liegt ein Übergewicht bei brasilianischen Unternehmen als Akteuren und Afrika als Aktionsraum. In wenigen Beiträgen werden China und Russland näher behandelt. Zu Indien findet man nichts Ausführliches. Trotz dieser Mankos liegt die Leistung des Buches darin, konzeptionell und empirisch Klarheit für ein sehr relevantes Themengebiet zu bringen. Einige Beiträge sind methodisch innovativ und Ergebnis aufwendiger Forschung. Die Vielfalt an Autor*innen ist beeindruckend. Sonst wohl nur auf Portugiesisch

und Spanisch Publiziertes wird erstmalig auf Englisch zugänglich gemacht.

Ferner bietet der Sammelband Anknüpfungspunkte für Folgearbeiten. *William Robinson* argumentiert, Großkonzerne aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika seien in das transnationale Kapital eingebettet. Ihr Auftreten in Entwicklungsländern lasse sich besser durch Interessen und Logiken des transnationalen Kapitals als durch vermeintliche Süd-Süd-Kooperation erklären. Herausgeberin & Herausgeber eröffnen eine Perspektive der BRICS „from below“. Hierbei geht es um Graswurzelbewegungen, die BRICS-übergreifend beispielsweise bei Menschenrechten und Umweltfragen zusammenarbeiten könnten. Gerade dazu sollte mehr geforscht werden, insbesondere weil *Patrick Bond* und *Ana Garcia* in je einem eigenen Beitrag verdeutlichen, dass trotz vieler Hürden die BRICS „from below“ die besten Aussichten für eine progressive Politik bieten.

Sören Scholvin

Anja Banzhaf: *Saatgut – Wer die Saat hat, hat das Sagen.*
München: oekom 2016, 271 Seiten

Die Autorin versteht sich als Garten- und Saatgutaktivistin. Mit diesem Engagement ist ihr Kompendium gestaltet und geschrieben. Es spannt den Bogen von den Ursprüngen der Pflanzenzüchtung bis in die gesellschaftlichen Fragestellungen der Landwirtschaftspolitik unserer Tage und nimmt vor allem ganz aktuell die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne in den Blick.

Ausgangspunkt im ersten Kapitel sind die historischen Erläuterungen des

Sammelns von Samen mit dem Sesshaftwerden der ersten Menschengruppen und der großen Vielfalt von Kulturpflanzen. Mit dem industriellen Agrarsystem, das heutzutage vor allem im Globalen Norden dominiert und im Globalen Süden die bäuerliche Landwirtschaft zu verdrängen oder mindestens zu dominieren im Gange ist, verschwindet mit den bäuerlichen Saatgutssystemen auch die ökologische Vielfalt. Die Bedeutung der ökologischen Vielfalt für Natur und Gesellschaft hebt die Autorin wie ein *ceterum censeo* in jedem Kapitel hervor und stellt zugleich den Bezug zur jeweiligen Thematik dar.

Das zweite Kapitel zeigt die Entwicklung auf, wie – kurz gesagt – Saatgut vom Gemeingut zur Ware wird. Mit der professionellen Pflanzenzüchtung entstand gleichzeitig das Interesse, diese zum Geschäft zu machen. Die Entwicklung neuer und, wie propagiert wird, ertragreicherer Sorten erfolgte vor allem aus ökonomischen Interessen. Die Unternehmen, die in diesem Sektor investierten, bestanden deshalb auf der Absicherung ihrer Gewinne. Banzhaf beschreibt sehr anschaulich, wie die Saatgutentwicklung und -produktion rein wirtschaftlichen Interessen, also der ökonomischen Machtposition folgt. Im Einzelnen zeichnet sie die Schritte nach, wie die Firmen sich die Rechte, eine Art Copyright, sichern und mit welchen vorgeschobenen Argumenten sie Lobbyismus betreiben. Die Unternehmen führten Saatgutsicherheit und Qualität, ja sogar Ernährungssicherung ins Feld, um das Saatgutmonopol festzuschreiben und die Vermehrung und Verbreitung von bäuerlichem Saatgut per Gesetz zu verbieten, und zwar weltweit. In diesem Kapitel stellt die Autorin die

Interessen und die Machenschaften der Konzerne in aller Klarheit dar, die zur extremen Konzentration des Saatgutmarktes mit ihrer geballten Macht und Monopolisierung führten. Zugleich macht sie den Bezug zu den gesellschaftlichen Zusammenhängen und zur kapitalistischen Entwicklung besonders deutlich. So erscheint Saatgut als nur ein Beispiel bzw. ein Vehikel in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um das Agrarmodell, welches mit der Industrialisierung der Saatgutproduktion angestrebt wird. Indem Banzhaf die Gewinninteressen entlarvend in den Vordergrund stellt, stellt sie heraus, dass es im Kern darum geht, den Nerv der Nahrungsmittelproduktion zu kontrollieren und dass die Qualität der Nahrungsmittel im Grunde nicht von Interesse ist.

Das dritte Kapitel widmet die Aktivistin der Frage, wie das Sagen über unsere Saat zurückerobert werden soll bzw. kann. Sie schildert viele ermutigende Initiativen und Beispiele aus verschiedenen Ländern und erläutert sie. Ferner stellt sie Forderungen nach gesetzlichen Änderungen auf. Eine zentrale Thematik ist dabei die in der internationalen Debatte immer wieder propagierte Forderung nach Ernährungssicherung. Diese wird hier allerdings im erweiterten Sinne als Ernährungssouveränität verstanden, d.h. sie schließt die Verfügung über das Saatgut mit ein.

Die Beispiele zeigen erfolgreiche Projekte, die allerdings noch einzelne Inseln im Meer der herrschenden und gesetzlich geschützten Monopole sind. Damit diese Initiativen angesichts der zunehmenden Konzentration des Sektors, die aktuell regelmäßig Schlagzeilen in den Wirtschaftsnachrichten macht, nicht zu einer Don-Quijoterie werden,

ist Vernetzung und mehr aktives Handeln erforderlich. Es wird klar, dass es bei der Verfügung von Saatgut um mehr geht als um den Produktionsinput für Bauern und Agrarbetriebe, im weiteren Kontext steht unser Konsummuster, das uns vorschreibt, was wir zu essen haben, zur Diskussion.

In diesem Sinne soll das Buch aufrütteln und zur Diskussion auffordern. Die Struktur ist sehr lesefreundlich und anregend aufgebaut, indem der inhaltliche Haupttext unterschiedlich ergänzt und aufgelockert wird: durch zahlreiche Praxisbeispiele, Streifzüge genannt, Fenster mit Definitionen und spezifischen Sachinformationen sowie zahlreichen Interviews. Diese stellen ein besonderes Gestaltungselement des Bandes dar. Zentrale Personen, im Wesentlichen Akteure zur Thematik des dritten Kapitels, stellen ihre Erfahrungen in den alternativen Initiativen dar. Andere sind Menschen, die von den Folgen der Monopolisierung betroffen sind. Das umfangreiche Literaturverzeichnis führt neben der wissenschaftlichen Fachliteratur auch praxisbezogene Publikationen und entsprechende Handbücher auf. Damit der Vernetzungsgedanke nicht nur eine bloße Forderung bleibt, listet das Buch außerdem die Adressen der Initiativen und der interviewten Personen auf.

Insgesamt sind die komplexen, naturwissenschaftlichen Sachverhalte und Zusammenhänge der Saatgutproduktion auch für Laien verständlich und gut nachvollziehbar dargestellt. Was das Buch aber über diese Thematik hinaus so spannend und anregend macht, ist die Form, wie es die Saatgutproduktion anschaulich in den Kontext der kapitalistischen Entwicklung stellt. Vor dem Hintergrund des weiter fortschreitenden

Konzentrationsprozesses in der Agrarindustrie mit dem jüngsten Beispiel der Fusion von Monsanto mit Bayer werden die Diskussion der Thematik und die aktive Auseinandersetzung damit immer wichtiger. Der vorliegende Band ist ein produktiver und anregender Beitrag dazu.

Theo Mutter

Adriaan van Klinken & Ezar Chitando (Hg.): *Public Religion and the Politics of Homosexuality*. London: Routledge 2016, 277 Seiten

Afrika wird in den Medien oft als Kontinent homophober Hassgewalt eingestuft. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Morde an Lesben oder Schwulen international bekannt und skandalisiert werden. Auch Gesetzesnovellen und die Verschärfung der Strafverfolgung von Homosexualität in Ländern wie Uganda oder Nigeria hatten die Kategorisierung des gesamten Kontinents als Hort der Homophobie zur Folge. Diese Pauschalisierungen dienen nicht dazu, die multiplen Gründe für homophobe Hetze zu erfassen, wie die Herausgeber des vorliegenden Sammelbands betonen. Sie unterstreichen, ihre Publikation sei die erste, die Interdependenzen zwischen Religion und Politik sowie deren konkrete Auswirkungen auf Homophobie an zahlreichen Länderbeispielen unter die Lupe nehme. Zum Verständnis der historischen und aktuellen politischen Kontexte sowie der länderspezifischen Kontroversen sei eine solche Detailanalyse notwendig.

Die Fallstudien umfassen alle Regionen des Kontinents, wobei eine gewisse Konzentration auf das südliche Afrika

festzustellen ist. So untersuchen vier der insgesamt 16 Aufsätze Simbabwe und einer Sambia. Ein weiterer Schwerpunkt ist das östliche Afrika: Drei Beiträge erörtern Homophobie in Uganda, ein weiterer Kenia. Alle Aufsätze sind drei übergeordneten Themen zugeordnet: der Politisierung von Homosexualität, globalen und lokalen Mobilisierungen sowie subversiven Widerstands- und Gegenstrategien. Zur Multiperspektivität trägt auch die unterschiedliche Herkunft der Autoren/-innen bei: Viele sind Religionswissenschaftler/-innen oder Theologen/-innen aus den Ländern, über die sie schreiben. Hinzu kommen Analysen von Politologen/-innen und Sozialanthropologen/-innen. Sie untersuchen sowohl christliche als auch islamische Religionen; in Ländern wie Uganda, Kenia, Nigeria, Liberia und der Elfenbeinküste widmen sie sich beiden großen monotheistischen Glaubensgemeinschaften, die dort in unterschiedlichem Ausmaß vertreten sind. Der Beitrag über Ägypten legt zwar den Schwerpunkt auf islamische Glaubensrichtungen, erwähnt aber auch die Kopten, wenngleich diese nicht näher untersucht werden. Orientiert an der Schwerpunktsetzung des Sammelbands konzentriert sich die Rezension auf die Artikel über Simbabwe und Uganda.

Die simbabwische Religionswissenschaftlerin *Molly Mayonganise* analysiert die homophobe Rhetorik des Mugabe-Regimes. Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist die Rede des Präsidenten anlässlich der internationalen Buchmesse in der Landeshauptstadt Harare 1995. Fortan wurde Homosexualität von den Regierenden und von etlichen Kirchenvertretern zum Kontrapunkt für die kulturelle,

religiöse und nationale Reinheit – sie entspreche nicht den kulturellen und spirituellen Erwartungen der simbabwischen Gesellschaft. Dieses Muster der Zuschreibung von Andersartigkeit und damit verbundener Exklusion sei laut Mayonganise auch bei systematisch geplanten Gewaltübergriffen gegen die Ndebele-Bevölkerung in den 1980er Jahren und der Zerstörung informeller Marktstände, Handwerksbetriebe und Unterkünfte 2005 von der Staatsmacht angewandt worden. Während im ersten Fall etwa 20.000 Menschen umgebracht wurden – allein auf den Verdacht hin, sie könnten Regimegegner/-innen sein, verloren im zweiten Fall über 700.000 ihre Existenzgrundlagen.

Mit Blick auf die Ablehnung von Homosexualität postulierten unterschiedliche katholische und evangelische Kirchenverbände, Homosexualität sei nicht mit biblischen Normen vereinbar. Die Autorin belegt, wie vor allem evangelikale Kirchen wiederholt verlangt haben, die 2013 verabschiedete neue Verfassung solle Homosexualität kategorisch kriminalisieren. Auch vor den Wahlen 2013 bezogen Pfingstkirchenvertreter deutlich Partei für die bereits herrschende *Zimbabwe African National Union*. Mugabe attackierte bei etlichen Reden weiterhin Homosexuelle als westlich infiltrierte Gegner der traditionellen und christlichen Familienmoral. Seine anti-imperialistische Rhetorik umfasste auch Gewaltandrohungen, gleichzeitig verunglimpfte er unter Bezug auf einen christlich-traditionalistischen Kulturnationalismus Forderungen nach Menschenrechten für Homosexuelle als imperiale Interventionen.

Pauline Mateveke reflektiert, wie Homosexualität in der simbabwischen

Literatur thematisiert wird. Sie illustriert die literarische Aufarbeitung homophober Einstellungen am Beispiel des Romans *Der Frisör von Harare* von Tendai Huchu, der bereits im Exil lebt, und autobiographischer Texte der Homosexuellenorganisation *Gays and Lesbians of Zimbabwe* (GALZ), gegen die Präsident Mugabe 1995 seine Hassreden während der internationalen Buchmesse in Harare richtete. Mateveke betrachtet diese Publikationen als komplementär. Während im Roman die Protagonistin Vimbai unter Bezug auf ihre christliche Prägung und Mitgliedschaft in einer Pfingstkirche ihren schwulen Mitbewohner bei der Polizei verrät, berichten Lesben und Schwule in der GALZ-Publikation *Sahwira*, wie Familienmitglieder sie als vom Teufel Besessene und Verkörperungen des Bösen anfeinden – auch unter Bezug auf die homophoben Predigten in Pfingstkirchen. Dem will die autobiographische Textsammlung gegensteuern, wie der Titel „Sahwira“ andeutet. Das Wort bedeutet in der Shona-Sprache „Freundschaft“ und bringt zum Ausdruck, dass in vorkolonialer Zeit homoerotische Männerfreundschaften durchaus geduldet waren, wenn solche Beziehungen keine heterosexuellen Ehen ausschlossen. Diese relative Toleranz wollen die Autoren/-innen wachrufen: Nicht die Homosexualität sei unafrikanisch, wie oft von Regierenden und Kirchenvertretern behauptet; vielmehr wurde Homophobie vielerorts erst von europäischen Kolonialherren und Missionaren verbreitet.

Das betrifft auch die Artikel über Uganda. *Barbara Bompani* dokumentiert anhand umfangreichen Quellmaterials, wie Pfingstkirchen in Uganda

strategisch vorgingen, um politischen Einfluss und Deutungshoheit über die gesellschaftliche Moral zu gewinnen. In Kooperation mit Parlamentariern und Regierungsmitgliedern wurden neue politische Diskurse geprägt, wobei Homosexuelle aus dem vom charismatischen Christentum beeinflussten Nationalismus ausgeschlossen wurden – die Verschärfung des Gesetzes zur Strafverfolgung von Homosexuellen manifestierte diese Exklusionsinteressen. Bompani erklärt die seit 2009 fortdauernden pfingstkirchlichen Neuausrichtungen von Staat und Gesellschaft vor dem Hintergrund der Kontroversen über die Rolle katholischer und protestantischer Amtskirchen in der Kolonialzeit und während der nachkolonialen diktatorischen Regime von Milton Obote und Idi Amin, letztgenannter war bekennender Moslem. Sie berücksichtigt auch die grassierende AIDS-Epidemie in Uganda sowie internationale HIV-Präventionsprogramme unter dem früheren US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush. Diese Programme propagierten Enthaltensamkeit als Präventionsstrategie und förderten gezielt, diesen Ansatz von Pfingstkirchenvertretern predigen zu lassen.

Jia Hui Lee geht noch spezifischer auf die internationalen Vernetzungen der in Uganda tätigen Pfingstkirchen ein. Er fächert nicht nur deren Verbindungen in die USA und die umfassenden finanziellen Förderungen durch US-amerikanische Kirchen auf, sondern weist auch auf homophobe Absprachen zwischen Kirchen in Ländern des Globalen Südens hin. Zudem skizziert er die anti-imperialen Standpunkte, die ugandische Kirchenvertreter gegenüber westlichen Gebern vorbrachten, wenn

diese Kürzungen von Entwicklungshilfe als Druckmittel gegen die Verschärfung der Strafverfolgung von Homosexuellen androhten. Deutlich wird, wie religiöse Vorstellungen und nicht-staatliche Akteure Entwicklungszusammenarbeit und internationale Politik beeinflussten.

Ein Schlusskapitel und ein Manifest stellen Reflexionen und Forderungen zum respektvollen Umgang mit Homosexuellen als gleichberechtigten Staatsbürger/-innen vor. Sie nehmen auf internationale Menschenrechte Bezug und mahnen Gerechtigkeit an – allerdings nicht nur für Lesben, Schwule, Trans- oder Intersexuelle in Afrika; vielmehr kommen hier auch soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den Blick. So endet dieses facettenreiche Buch mit Hinweis auf gemeinsame, verbindende Menschlichkeit mit einem Plädoyer für Respekt, Kooperation und Solidarität – also mit außergewöhnlichen, aber angesichts homophober Bedrohungen verständlichen Forderungen. Wünschenswert wäre es, wenn dieser gut lesbare Sammelband von vielen Wissenschaftler/-innen, Religionsvertreter/-innen und Entscheidungsträger/-innen in Entwicklungsorganisationen rezipiert würde.

Rita Schäfer

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh & VIDC (Hg.): *Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus*. Wien: Mandelbaum 2016, 208 Seiten

In den deutschsprachigen Medien war die Türkei in den vergangenen Monaten ein Dauerthema. Allerdings bemängeln gerade türkische Forscher_innen eine häufig eurozentrische und monolithische Perspektive, wenn über die Türkei

geschrieben und gesprochen wird. Die Herausgeber dieses Sammelbandes wollen ihr ein differenziertes Bild der türkischen Gesellschaft und ihrer Konfliktlinien entgegensetzen und die vielseitigen innertürkischen Debatten in die deutschsprachige Diskussion einbringen. Sie haben dazu elf Vorträge ihrer seit 2009 in Wien organisierten Veranstaltungsreihe überarbeiten und weitere fünf Texte neu schreiben lassen. Der Band wird seinem Ziel überaus gerecht.

Die Beiträge des ersten von vier Themenschwerpunkten „Demokratisierung unter der AKP-Regierung?“ legen ihr Augenmerk auf die restriktiven Entwicklungen des politischen Systems in der Türkei und den Einfluss der unterschiedlichen Akteur_innen, vor allem der seit 2002 regierenden *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (AKP). *Yüksel Taşkin* zeichnet nach, wie sich die Türkei unter deren Einfluss seit vielen Jahren in Richtung eines „kompetitiven autoritären Regimes“ entwickelt (29). Er analysiert den politischen und sozialen Hintergrund des Aufstiegs der AKP. Die Partei nutze dafür auch das Mittel einer „klientelistischen und flexiblen Umverteilungspolitik“, mit deren Hilfe die Lokalregierungen ärmere Bevölkerungsschichten an sie binden und so den Machterhalt sichern (27).

Auch die anderen Beiträge dieses Schwerpunktes bieten wichtige Hintergrundanalysen, um die aktuelle politische Situation in der Türkei zu verstehen. Sie stellen etwa die Auseinandersetzungen um eine neue türkische Verfassung, mit der die AKP die Position von Präsident Recep Tayyip Erdoğan stärken will, den Machtkampf zwischen der AKP und der islamistischen

Gülen-Bewegung und schließlich die zunehmenden Einschränkungen der Pressefreiheit im Land dar.

Nimmt dieser erste Teil vor allem die autoritären Tendenzen in den Blick, so betonen die Beiträge des zweiten und dritten Teils die widerständigen Bewegungen. Damit arbeiten sie gegen den Trend an, angesichts der zunehmenden Repressionen im Land einem pauschalen Pessimismus zu verfallen. Denn allzu leicht wird in der deutschsprachigen Debatte vergessen, dass die Türkei nach wie vor über eine lebendige Zivilgesellschaft verfügt, die sich gegen die Entwicklungen im Lande zur Wehr setzt. Die Autor_innen machen die vielen verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen sichtbar, die für eine demokratischere, gerechtere und pluralistischere Gesellschaft eintreten. Sie zeigen damit Bruchstellen und Möglichkeiten der Veränderung im Staat Erdogans auf.

Gerade die Konzentration auf die Entwicklung der heterogenen feministischen Bewegungen im zweiten Schwerpunkt „Bewegung und Gender“ trägt hierzu bei. So erfahren die Leser_innen vieles über die Rolle der kurdischen und muslimischen Frauenbewegungen im Kampf gegen sexistische Strukturen. Der Beitrag von *Feyza Akinderdem* ist für die deutschsprachige Debatte deshalb interessant, weil hierzulande muslimische Frauen häufig als passive Opfer patriarchaler Verhältnisse präsentiert werden – eine Darstellung, der die Autorin entschieden entgegnetritt.

Zu den besonders gelungenen Beiträgen gehört der Text der Publizistin und Soziologin *Pinar Selek*. Sie beschreibt, wie im repressiven patriarchalen System des Kemalismus in den 1980er Jahren

eine radikale feministische Bewegung entstand, welche die von Mustafa Kemal Atatürk entworfene „Pseudo-Emanzipation“ (72) ebenso wie den kemalistischen Sozialdarwinismus radikal in Frage stellt, neue Diskussions- und Handlungsräume eröffnet und so „einen neuen Protestzyklus anstößt“ (75).

Auch die Soziologin *Ece Kocabiçak* unterstreicht die widerständigen Potenziale der feministischen Bewegungen, indem sie analysiert, wie Feministinnen einerseits die Gezi-Park-Proteste 2013 vorangetrieben haben. Zugleich thematisiert sie, wie andererseits patriarchale Verhältnisse innerhalb der Proteste fortgeschrieben wurden.

Im dritten Themenschwerpunkt „Minderheiten: Kämpfe um Anerkennung und politische Rechte“ befassen sich die Autor_innen mit der Rolle kurdischer und armenischer Bewegungen und ihrem Verhältnis zum türkischen Staat sowie mit Fragen der Migration. Der Soziologe *Bülent Küçük* beschreibt, wie sich neue kurdische Aktivist_innen von einer „Politik der Rebellion“, wie sie die PKK in den 1990er Jahren praktizierte, gelöst und zu einer „Politik der Konstitution“ hin orientiert haben, die „eigene Mechanismen und Institutionen hervorgebracht“ hat (141).

Gerade für die Migrationsforschung und in Anbetracht des EU-Türkei-Deals ist der Beitrag von *Piril Erçoban* wichtig, fasst die Autorin darin doch die Situation syrischer Flüchtlinge in der Türkei pointiert zusammen. Deren prekärer rechtlicher und sozialer Status und die Rassismen der türkischen Mehrheitsbevölkerung führten dazu, dass viele von ihnen im informellen Sektor arbeiteten und dadurch einer scharfen Ausbeutung durch Arbeitgeber_innen

ausgesetzt seien (vgl. 169). Die EU trage zu dieser Situation bei, da sie derzeit gemeinsam mit der Türkei den Aufbau von „Haft- und Abschiebungskapazitäten“ vorantreibe und die Türkei als „sicheren Drittstaat für Flüchtlinge“ zu kategorisieren versuche, um Flüchtlinge dorthin abschieben zu können (172).

Der vierte Schwerpunkt schließlich widmet sich der „Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei“ aus der Perspektive der Politischen Ökonomie und geht auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AKP-Regierung ein.

Hier und da kommt es beim Lesen zu irritierenden Momenten, etwa wenn bei der Darstellung kurdischer oder armenischer Bewegungen unkritisch der Begriff des „Volkes“ gebraucht wird. Bedauerlich ist ferner, dass eine explizit *queer*-feministische Perspektive unter den Beiträgen nicht vertreten ist – wobei die meisten Autorinnen allerdings das Bündnis mit der LSBTI-Bewegung betonen.

Insgesamt leistet der Band aus unterschiedlichen Perspektiven machtkritische Analysen der türkischen Gesellschaft und zeigt die Facetten sozialer Verhältnisse und politischer Herrschaft ebenso wie die diversen Protestbewegungen auf. Auch wer sich bereits mit der Türkei beschäftigt hat, wird hier neue Einblicke erhalten. Allen, die mehr über die aktuellen Debatten und Entwicklungen in der Türkei erfahren möchten, sei die Lektüre des Buches unbedingt empfohlen.

Philipp Ratfisch

Arrigo Pallotti & Ulf Engel (Hg.):
*South Africa after Apartheid.
 Policies and Challenges of
 the Democratic Transition.*
 Leiden: Brill 2016, 265 Seiten

2014 war ein Jahr der Zäsur, viele politische Beobachter/-innen bilanzierten Südafrikas demokratische Entwicklung seit den ersten freien Wahlen und dem Amtsantritt Nelson Mandelas 1994. Damals fand im norditalienischen Forlì, wo Fachbereiche der Universität Bologna angesiedelt sind, eine internationale Konferenz statt, bei der südafrikanische und europäische Politologen/-innen, Historiker/-innen und Soziologen/-innen zu Wort kamen. Dieser Austausch war von Südafrikaexperten/-innen der Universitäten Bologna und Leipzig organisiert worden, die im Rahmen der *Afrika-Europa Gruppe für interdisziplinäre Studien* (AEGIS) kooperieren. Ihre Ergebnisse sind nun in einem facettenreichen Sammelband erschienen.

Das Buch umfasst insgesamt zwölf Kapitel und gliedert sich in drei Teile: Es geht um den Wandel der Gesellschaft, die Landfrage und die regionalpolitische Rolle Südafrikas im südlichen Afrika. Basierend auf einem informativen Überblick von *Ulf Engel* zur Demokratieentwicklung, zu den Wahlen und zum Regieren des *African National Congress* (ANC) erklären *Roberta Pellizzoli*, *Mandisa Mbali* und *Preben Kaarsholm* Strukturen, Probleme und Veränderungen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Sie nehmen vor allem Gender, HIV/AIDS und Multikulturalismus in den Blick.

Exemplarisch soll der anschauliche Beitrag von Pellizzoli näher vorgestellt werden. Die Autorin zieht

einen zeitlichen Längsschnitt, um ihre Einschätzung zu belegen, es handele sich bei der Institutionalisierung von Geschlechtergerechtigkeit um gegenläufige Entwicklungen. Konkret benennt sie die Formulierung von Gesetzen zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Verbesserung der Rechtslage von Frauen ab 1994 als wichtige Beiträge zur Überwindung von Diskriminierung, wobei die ANC-Regierung unter Nelson Mandela auch internationale Konventionen und Abkommen als Referenzrahmen nutzte.

Ihrer Auffassung nach war das Jahrzehnt zwischen 2004 und 2014 durch einen Schritt vor und zwei zurück gekennzeichnet. Unter Bezug auf das Gender-Protokoll der *Southern African Development Community* (SADC) moniert sie die Reduzierung der politischen Repräsentation und der mangelnden Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Zudem listet Pellizzoli die hohen Raten an geschlechtsspezifischer Gewalt und Armut als Probleme auf; letztere lokalisiert sie vor allem in ländlichen Gebieten. Als Ursachen benennt sie die Fortsetzung patriarchaler Strukturen, die sich von der Familien- bzw. Haushaltsebene bis auf den politischen Elitendiskurs durchzögen. Derzeit mangle es vor allem am politischen Willen, Gesetzesinitiativen durchzusetzen, vorhandene Gesetze und politische Leitlinien zu Frauenempowerment zu implementieren und Geschlechtergleichheit zu verankern.

Sehr differenzierte und erkenntnisreiche Analysen prägen auch den zweiten Teil des Sammelbands zur Landreform. Die Beiträge erörtern unter Bezug auf historische Kontextualisierungen juristische, politische und sozio-ökonomische Aspekte. Im Zusammenhang mit den

Problemen und Herausforderungen, die Landreform zu verwirklichen, unterscheiden sie zwischen unterschiedlichen Personen- und Interessengruppen. Beispielsweise berücksichtigen sie ausdrücklich Schwierigkeiten von Farmerbeiter/-innen. Mit analytischer Tiefenschärfe erklären sie Politiken, Debatten und Kontroversen. Multiperspektivität, Faktenreichtum und ein hohes Reflexionsniveau zeichnen diesen Teil des Buches aus.

Das gilt insbesondere für den Beitrag der renommierten südafrikanischen Soziologin und Landrechtsexpertin *Cherryl Walker*. Die Autorin veranschaulicht detailliert die materiellen, sozialen, parteipolitisch aufgeladenen und symbolischen Dimensionen der Debatten über Land im heutigen Südafrika und ordnet sie zeithistorisch ein. Konkret differenziert sie zwischen den Landreformansätzen unter den einzelnen Präsidenten seit 1994 und stellt die Charakteristika während der Mandela-Regierung (1994-1999), der Mbeki-Präsidentschaft (1999-2008) und der Zuma-Regierung (seit 2009) vor. Während es unter Mandela einen *pro-poor*-Fokus gab, habe sich die Ausrichtung unter Thabo Mbeki auf wohlhabendere und produktivere schwarze Farmer verschoben. Walker bescheinigt der Zuma-Regierung die fortgesetzte Förderung marktorientierter schwarzer Farmer und insbesondere einen Trend zum Traditionalismus, also die gezielten Begünstigung so genannter traditioneller Institutionen in den früheren *Homelands*. Während neue Möglichkeiten der Antragstellung auf Entschädigung viel Zuspruch fanden, kritisierten zivilgesellschaftliche Organisationen die Retraditionalisierung.

Schließlich sollten – so ein Gesetzesentwurf unter Zuma – die *Chiefs* neue juristische Machtbefugnisse in den früheren *Homelands* erhalten, obwohl etliche vom Apartheidregime installiert worden waren und schon von dessen Programmen profitiert hatten. Das ließ Zweifel am gerechten Zugang neu aufgeteilter Flächen aufkommen.

Walker moniert die schlechte finanzielle Ausstattung der Programme ebenso wie Defizite in der Dokumentation und der Planung. Das illustriert sie exemplarisch an Inkonsistenzen in den Planungsunterlagen unterschiedlicher Ressorts, beispielsweise erwähnt sie gravierende Abweichungen bei Angaben zum Umfang der Anbauflächen, die umverteilt werden sollten. Auch ihre Gegenüberstellung von Landflächen in früheren *Homelands*, Farmland im Privatbesitz und Land im Staatseigentum ist diesbezüglich aufschlussreich. Walker hinterfragt die politische Agitation hinsichtlich der vielfach propagierten Landumverteilungen und fordert eine viel differenzierte Auseinandersetzung mit den Interessen, Bedürfnissen und Zielen der zuvor marginalisierten und diskriminierten schwarzen Bevölkerungsmehrheit.

Im dritten Teil des Sammelbands über regionalpolitische Zusammenhänge ist der Beitrag von *Arrigo Pallotti & Lorenzo Zambernardi* exemplarisch. Der konzeptionelle Zugriff der Autoren zeichnet sich dadurch aus, dass sie Südafrikas Bedeutung in der SADC mit seiner Einbeziehung in die Gruppe der BRICS – also der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – in Beziehung setzen. Darüber hinaus skizzieren sie Interessen der ANC-Regierenden im Kontext der

Afrikanischen Union und der *Vereinten Nationen*. Die mehrdimensionale Analyse der italienischen Politologen zieht zeitliche Längsschnitte und beschreibt Unterschiede zwischen der Mandela- und der Mbeki-Präsidentschaft. Konkret betrifft das Sicherheitsfragen und die regionale Friedenspolitik, wobei Mandela für letztere eintrat. Hinsichtlich der BRICS erörtern die Autoren die Problematik, dass Südafrika zwar auf dem Kontinent als Wirtschaftsmacht gilt, jedoch im Unterschied zu den anderen BRICS-Ländern eine vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft hat. Das führt die Regierung in ein Dilemma, denn sie wird von Eliten in den Nachbarländern trotzdem als Hegemon wahrgenommen. Zugleich positioniert sich Südafrika global als Tor zum Kontinent und will ihn in internationalen Gremien repräsentieren. Darüber hinaus weisen die Autoren auf Interessendivergenzen zwischen verschiedenen SADC-Mitgliedsländern hin. Diese betreffen keineswegs nur Sicherheitsfragen. Kontroversen bestünden vielmehr auch hinsichtlich des Stellenwerts von Demokratisierungsprozessen.

Die Bilanz fällt in diesem wie auch in anderen Beiträgen des dritten Teils wegen der differenzierten Erfassung komplexer Strukturprobleme und Prozesse ambivalent aus und regt in vieler Hinsicht zu weiteren Detailforschungen an. Die behandelten und sinnvoll ausgewählten Schwerpunkte des Buches illustrieren, wie erkenntnisreich internationaler Forschungsdialog sein kann und worauf zukünftiger Wissenschaftsaustausch aufbauen könnte. Der Sammelband motiviert aber auch die Leser/-innen zu kritischen Reflexionen über die vielschichtigen

Entwicklungen in Südafrika nach dem Ende der Apartheid.

Rita Schäfer

Eric van Grasdorff, Thea Kulla & Nicolai Röscher (Hg.): *Thomas Sankara. Die Ideen sterben nicht!* Berlin: Africavenir e.V. 2016, 268 Seiten

Thomas Sankara ist in Deutschland immer noch wenig bekannt. Ich hörte das erste Mal während meiner Feldforschung zur Jugendbewegung *Y'en a marre* im Senegal von ihm, denn der ehemalige Präsident Burkina Fasos und seine Politik dienten der Bewegung als Referenzpunkt und Vorbild. Nicht nur im Senegal, auch in zahlreichen anderen afrikanischen Ländern beziehen sich soziale Bewegungen auf ihn. In Burkina Faso war er ein Symbol der Massenproteste, die 2015 zum Sturz des damaligen Präsidenten Blaise Compaoré führten. Diesen aktuellen Bezügen trägt die deutsche Übersetzung von ausgewählten Reden Sankaras nicht nur mit dem Titel Rechnung. Das Buch ist neben historischen Fotos des Präsidenten auch mit Bildern der jüngsten Proteste in dem Land illustriert. Das großformatige und in den burkinischen Nationalfarben gelb, grün und rot gehaltene Buch erinnert an einen Ausstellungskatalog und lädt zum Reinlesen ein. Ehrenamtliche haben die insgesamt 18 Reden aus dem Französischen übersetzt und lektoriert. Die Übersetzung ist an vielen Stellen gelungen, hin und wieder stolpert man jedoch über Formulierungen, die zu wörtlich aus dem Originaltext übernommen wurden.

Bruno Jaffré, der Biograph Sankaras, liefert in Kapitel zwei und drei den nötigen Kontext, um die Bedeutung des

ehemaligen Präsidenten in der damaligen Zeit zu verstehen. Er beschreibt kurz den Werdegang des Politikers und zeigt im Anschluss die Erfolge und die Bedeutung seiner Politik auf. Sankara schaffte es, Burkina Faso in den nur vier Jahren seiner Präsidentschaft unabhängig von Lebensmittelimporten zu machen, und führte ambitionierte Umweltschutzprogramme ein (15). Im Abschlusskapitel des Buches fasst Jaffré die Erkenntnisse über Sankaras Ermordung im Jahr 1987 zusammen, an der Blaise Compaoré, der engste Weggefährte des Präsidenten, einige afrikanische Staatschefs sowie vermutlich westliche Geheimdienste beteiligt waren. Ferner beleuchtet er in kurzen Vorworten zu jeder Rede ihre Entstehungsgeschichte.

Die wohl berühmteste Rede behandelt die Schulden der Dritten Welt (210-216). In der mutigen und unterhaltsamen Ansprache vor der *Organisation of African Unity*, der heutigen *Afrikanischen Union*, forderte Sankara die afrikanischen Staats- und Regierungschefs dazu auf, ihre Schulden gegenüber westlichen Geberländern und internationalen Finanzinstitutionen nicht zurückzuzahlen. Hier zeigt sich sein rhetorisches Talent. Sein Wortwitz und seine Chuzpe im Angesicht westlicher und afrikanischer Regierungschefs sind beeindruckend und amüsant zugleich. So machen die hier versammelten Reden den Band zu einer unterhaltsamen Lektüre. Sie zeigen jedoch auch weniger bekannte Facetten des revolutionären Programms Sankaras. Wir lernen ihn als Feministen (176-207), Umweltschützer (110-115) und scharfen Kritiker der Entwicklungszusammenarbeit und des Imperialismus (80-93) kennen. Gleichzeitig denunzierte er gerade in seinen

frühen Reden die alten burkinischen Eliten als Verbündete des Imperialismus und macht sie für die Armut im Land verantwortlich (z.B. 40- 67). In seiner Rede zur politischen Orientierung analysierte er klug und klar die strukturellen Schwächen der burkinischen Wirtschaft, kritisierte die Ungleichheit, besonders die Armut im ländlichen Raum, mangelnde Bildung und die fehlende Gesundheitsversorgung (40-77). Um diese Probleme zu lösen, setzte Sankara auf eine tiefgreifende Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft; diese Umstrukturierung reichte von der Politik über das Justizwesen bis zur Landwirtschaft. Sein Wirtschaftsprogramm zielte auf die Unabhängigkeit vom Westen durch den Aufbau einer eigenen Textilwirtschaft, die Stärkung der eigenen Landwirtschaft und der engen Kooperation mit anderen afrikanischen Staaten im Sinne des Panafricanismus. Entwicklungshilfe sah Sankara als eine Fortführung der imperialen Ausbeutung im postkolonialen Zeitalter. An vielen Stellen in dem Buch wird deutlich, dass Sankaras Ideen und Überzeugungen nicht nur zu afrikanischen sozialen Bewegungen sprechen, sondern auch zu einer westlichen Öffentlichkeit. Sie weisen uns deutlich auf die koloniale und neokoloniale Verantwortung des Westens für die Missstände in vielen afrikanischen Ländern hin.

Sankara steht aber auch für ein neues afrikanisches Selbstbewusstsein. Er trat nicht als Bittsteller, sondern als selbstbewusster Burkinabé und Afrikaner auf. Bildung und die Schaffung eines revolutionären Bewusstseins ziehen sich als weitere wichtige Themen durch seine Reden. Sankara propagierte das Bild eines aufrechten, verantwortungsvollen,

revolutionären burkinischen Bürgers. Er erklärt in mehreren seiner Reden, die Macht dem Volk übergeben zu wollen. Sein Enthusiasmus für die Macht des Volkes wird von der hierarchischen Ausrichtung der von ihm ins Leben gerufenen Institutionen allerdings eher konterkariert. Nichtsdestotrotz verlangte er von seinen Kamerad_innen und Mitrevolutionär_innen Integrität, Bescheidenheit und Engagement, angefangen von der obersten bis hin zur untersten Ebene. Einige der Bilder zeigen, dass der Präsident dieses Ideal auch selbst vorlebte. Wir sehen ihn, wie er in ein kleines altes Auto (16) oder auf sein Fahrrad (95) steigt. In seiner Rede vor dem Volksausschuss über Vorbeugung gegen Korruption legte Sankara seine Vermögensverhältnisse bis hin zu seinen drei Akustikgitarren offen. Ein Vertreter der Kommission bezeichnet ihn daraufhin als einen der ärmsten Präsidenten aller Zeiten (172).

Nicht alle Reden sind klug und unterhaltsam. Aus der letzten, die sich vor allem um burkinische Machtpolitik und Intrigen im nationalen Revolutionsrat dreht, lässt sich wenig für aktuelle politische Debatten ziehen. Sankara war zudem sowohl in Burkina Faso als auch in anderen afrikanischen und europäischen Ländern durchaus umstritten. Eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit seiner Politik findet in dem Band nicht statt. Das Buch zeigt allerdings immer wieder, wie sehr die Anliegen des revolutionären Präsidenten zu aktuellen Debatten sprechen: Sankaras Worte zu den Schulden der Dritten Welt sind im Kontext der griechischen und europäischen Schuldenkrise auch für Europa brandaktuell. Und in Zeiten, in denen der amerikanische Präsident Donald

Trump heißt, finden wir Sankara als erfrischenden Gegenentwurf: in seiner Politik, in seinen Ideen, aber auch in seinem Habitus als Präsidenten. Es macht Hoffnung für die Zukunft, dass viele junge afrikanische Bewegungen ihn zu ihrem Symbol gemacht haben.

Louisa Prause

Hermann Amborn: *Das Recht als Hort der Anarchie*. Berlin: Matthes & Seitz 2016, 285 Seiten

John MacLaughlin: *Kropotkin and the Anarchist Intellectual Tradition*. London: Pluto 2016, 269 Seiten

In Zeiten wie den gegenwärtigen wird die Frage dringender, wie es auch anders gehen könnte. Die Perspektive der Herrschaftslosigkeit, einer Form von Gesellschaft ohne Zentralinstanz oder, wie Hermann Amborn hier formuliert, „polykephaler“ Gesellschaften verdient dann besondere Aufmerksamkeit. „Anarchie“ bedeutet hier keineswegs Chaos oder unregelmäßige Gewalt, wie die Polemik des Alltagsverständes suggeriert, vielmehr geht es in der auf Max Weber und Evans-Pritchard zurückgehenden Formulierung von Christian Sigrist um *Regulierte Anarchie*, eine wohlorganisierte Gesellschaft, die vor allem ohne den etwa von Max Weber so bezeichneten „Erzwingungsstab“ auskommt. Dies bringt auch der Titel der ersten hier zu besprechenden Publikation deutlich zum Ausdruck. Dazu sollen hier zwei Beiträge deutlich unterschiedlicher Art und Qualität vorgestellt werden.

Der überaus handliche und attraktiv gestaltete Band des Münchner Ethnologen Amborn beruht auf jahrzehntelangen Feldforschungen am Horn von

Afrika, in erster Linie im Süden und Südosten Äthiopiens. Der Darstellung der Praxis polykephaler Ethnien ist eine ausführliche Erörterung begrifflicher und theoretischer Grundlagen vorangestellt. Dabei berücksichtigt Amborn nicht allein die hier gängige Literatur und betont die globale Verbreitung nicht-hierarchischer Verhältnisse von indigenen Völkern bis hin zum Internet oder auch neueren Formen der Betriebsorganisation. Wesentlich ist seine Auseinandersetzung mit den Konzepten von Macht, Gewalt und Recht. Zum einen erscheint unter Berufung auf Autoren wie Walter Benjamin oder Jean und John Comaroff gerade auch das Monopol legitimer Gewalt, das gewöhnlich als Signum des modernen Staates gilt, als inhärent gewalttätige Ordnung. Zum anderen hat Hannah Arendt eindrücklich „Macht“ der „Gewalt“ entgegengestellt. Autorität kann ihr zufolge aufgrund des einer Person zukommenden Respekts durchaus Gehorsam begründen: „Ihr Gegner ist nicht Feindschaft, sondern Verachtung und Lächerlichmachen“ (65f). Ein institutionelles „Äquilibrium“ schließt freilich – wie gerade Arendt an Beispielen aus der Antike erläuterte – Asymmetrien nicht aus (73).

Von besonderem Interesse ist Amborns Berücksichtigung der normativen Dimension von Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Als Kern dieser Argumentation formuliert Amborn: „Soziale Handlungen sind sprachlich vermittelt. In der zwanglosen Verständigung von Individuen werden mit vernünftig kritisierbaren Argumenten Überzeugungen erarbeitet, die alle Mitglieder der Gemeinschaft tragen können.“ (87f) Habermas hat dies freilich mit evolutionistisch geprägten

Argumenten und einem universalistischen Geltungsanspruch westlich-moderner Institutionen verbunden, denen Amborn die Einsicht der Ethnologie in „jeweils spezifische Weltdeutung(en)“ entgegenstellt (89f). Freilich ist, wie insbesondere Gerhard Hauck verschiedentlich in direkter Auseinandersetzung mit Habermas aufgezeigt hat (s. etwa „Habermas, die Magie und die Universalität der Vernunft“, in: *PERIPHERIE*, Nr. 27, 1987, S. 42-50), nicht einsehbar, warum diese Einsichten nicht umgekehrt dafür mobilisiert werden können, gegen die Engführung kommunikativer Rationalität auf westlich-moderne Verhältnisse zu argumentieren. Amborns empirischer Teil bietet reichlich Anhaltspunkte für eine solche Perspektive.

Der Autor schöpft hier wahrlich aus dem Vollen, und dies macht es regional weniger Kundigen nicht immer einfach, allen Details, Hinweisen und Anspielungen zu folgen, zumal Amborn differenziert auf Verhältnisse einzelner Ethnien verweist, um dann wieder vergleichend und synthetisierend zu argumentieren. Was vor allem anhand von Rechtsinstitutionen deutlich wird, ist die entscheidende Bedeutung der Aushandlung und Überzeugung unter prinzipiell Gleichen. Dies gilt auch etwa für Strafsachen, wo das Ziel der Verhandlung in der Einsicht Schuldiger in das begangene Unrecht und damit auch in die Notwendigkeit der Strafe, häufig der Verbannung mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme nach einem gewissen Zeitraum, besteht. Recht beruht dabei auf mündlich tradierten, von Autoritätspersonen artikulierten Normen. Autorität unterschiedlicher Art ist auf mehrere Personen im Sinne einer „polykephalen“ Ordnung verteilt. Es bestehen institutionelle Mechanismen,

um der Kumulierung und Verstetigung von Machtpositionen Einzelner aktiv entgegenzutreten. Wesentlich an den von Amborn referierten ethnographischen Beobachtungen ist nicht zuletzt die numerische Größe der betrachteten Gesellschaften. Diese reicht über kleine „face to face“-Gesellschaften weit hinaus. Die Rede ist von Städten und Hunderttausenden von Gesellschaftsmitgliedern. Ein entscheidendes Moment der Verhandlungen ist neben dem Prinzip der Gleichheit der Beteiligten der Zeitrahmen. Zeit wird benötigt, um alle Argumente auszutauschen und den angestrebten Konsens zu finden. Kurze, oft auf wenige Stunden beschränkte Verfahren, wie sie das westlich-moderne Rechtswesen, aber etwa auch die moderne Diplomatie kennzeichnen, stehen einer solchen Methode der konsensuellen Entscheidungsfindung klar entgegen.

Nicht ganz klar werden die Konsequenzen aus der Unterwerfung des Gebietes, in dem die beobachteten Ethnien leben, unter den äthiopischen Staat seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts. Zwar erfährt man von unterschiedlichen Intensitätsgraden dieser Einwirkung, doch insbesondere über die Folgen der föderalen, formal nach ethnischen Prinzipien strukturierten Ordnung Äthiopiens seit dem Sturz des Derg vor nunmehr einem Vierteljahrhundert hätte ich gern mehr erfahren. Nur am Rande angesprochen werden auch die Geschlechterverhältnisse der polykephalen Ordnungen, sowohl was Familien- als auch was Landrecht angeht. Hier fehlt eine Perspektive, wie sie vor Längerem der Sammelband *Frauenmacht ohne Herrschaft* (hgg. v. Ilse Lenz & Ute Luig, Frankfurt a.M. 1993) aufgezeigt hat. Dennoch ist Amborn ein nicht

zuletzt auch für gesellschaftliche Praxis anregender Einblick in Lebenswelten gelungen, deren Kenntnis für alternative Perspektiven unschätzbar ist.

Dass die Suche nach solchen Perspektiven auch in der europäischen Moderne eine lange Geschichte hat, unterstreicht die auf den wohl bedeutendsten einschlägigen Theoretiker Piotr Kropotkin (1842-1921) zentrierte Darstellung von Aspekten eines wissenschaftlichen Anarchismus von *John MacLaughlin*. Er setzt mit Gerrard Winstanley (1609-1676), dem wohl bekanntesten Vertreter der *Diggers*, der radikalsten, stark ländlich orientierten Strömung der Englischen Revolution Mitte des 17. Jahrhunderts, ein, um den Faden weiter über William Godwin (1756-1836) und Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) zu verfolgen. Die ausführliche, mehrfach ansetzende Biographie Kropotkins stellt zwar die frühen ländlichen Erfahrungen des Helden auf dem Adelsgut der Familie im Gouvernement Kaluga heraus, nicht jedoch etwa die Rezeption der zuvor eingeführten Autoren, obwohl MacLaughlin neben Kropotkin auch für Winstanley und Proudhon die Orientierung auf ländliche, umgrenzte und numerisch kleine Verhältnisse betont. Kropotkins Werdegang war bekanntermaßen durch seine maßgebliche Beteiligung an der Erschließung und Erforschung der Fernost-Region Sibiriens geprägt. Damit begründete er nicht nur seinen Ruf als geographische Autorität, sondern gewann auch Einsichten, auf denen seine naturwissenschaftlich fundierte, programmatische Konzeption der Kooperation und gegenseitigen Hilfe basierte. Dies ging einher mit der Annäherung an die revolutionäre Bewegung

im Russland der 1870er Jahre; auf die Gefangenschaft in der Peter-und-Pauls-Festung folgten Flucht und revolutionäre Tätigkeit im Westen. Nach mehrjähriger Haft in Frankreich wandte sich Kropotkin stärker theoretischer Tätigkeit zu und verfolgte weiter seine hoch angesehene wissenschaftliche Arbeit.

MacLaughlin betont die Verbindung einer kritischen Geographie mit anarchistischen Überzeugungen, für die auch Kropotkins berühmter Zeitgenosse Elisée Reclus steht; weiter wird Kropotkins zunehmender Zweifel am Sinn einer gewaltsamen Strategie deutlich, für die nicht zuletzt Michail Bakunin steht. Es gehört zu den Schwächen des Buches, dass über eine Rezeption Bakunins durch den wesentlich jüngeren Kropotkin nichts verlautet. Mehrmals erfahren wir lediglich, Kropotkin sei nach Bakunins Tod unbestrittener Führer der russischen Anarchisten gewesen. Auch die Beziehung zu der prominenten Anarchistin Emma Goldmann bleibt unklar, abgesehen vom vagen Hinweis auf Kontroversen, weil Kropotkin nun einmal kein Feminist gewesen sei, d.h. massiv patriarchalische Ansichten vertreten hat. So geht es weiter. Eric Hobsbawm beschimpft MacLaughlin für die Einschätzung, Bakunin sei ein Mann der Tat, in seinen Schriften aber höchst inkohärent gewesen, nur um diese durch Lektüre leicht zu erhärtende Aussage ein paar Seiten später selbst zu wiederholen. Mit Marx ist es das Problem, dass er autoritär war; das ist alles. Nimmt man hinzu, dass der Text vor Wiederholungen wimmelt – eventuell aufgrund der Montage einstmals selbständiger Publikationen –, äußert sich schlecht redigiert und die größtenteils sicher nicht hochzuschätzenden, für die

Epochenbezeichnungen jedoch wichtigen russischen Herrscher Alexander II und III sowie Nikolaus II munter miteinander verwechselt werden, so sind Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Unterfangens angebracht.

Für die Perspektive des Anarchismus ist freilich wesentlich, dass es für MacLaughlin ebenso wie anscheinend für Kropotkin kein Problem darzustellen scheint, dass die von letzterem bewunderten ostsibirischen Siedlergemeinschaften doch schwerlich im Niemandsland siedelten, die von ihnen Verdrängten aber mit keinem Wort erwähnt werden – anders als andere Kolonisierte. Ferner pointiert MacLaughlin unter Berufung auf Kropotkin die enge Verknüpfung kleiner Gemeinschaften mit der anarchistischen Programmatik und stellt diese geradezu dem Urbanismus und auch Vorstellungen von unweigerlich in der Stadt wurzelnden bürgerlichen Freiheiten entgegen – während er die offenkundige Romantisierung der europäischen Städte des Mittelalters durch Kropotkin kaum hinterfragt. So erscheinen von MacLaughlin angedeutete Nutzenwendungen für die Gegenwart letztlich atavistisch oder strikt kontrafaktisch.

Dafür, dass Anarchie auch anders gedacht werden kann, lassen sich Anhaltspunkte sicher in Teilen von Kropotkins Werk, zumal in der großartigen Kritik des Sozialdarwinismus in *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* finden. Mit Schlamperei kombinierte Hagiographie und Devotionalliteratur helfen da aber wenig weiter, sehr viel eher schon das in praktische Perspektive gestellte Nachdenken über mögliche Schlussfolgerungen aus ethnologischen Befunden, wie es Amborn vorführt.

Reinhard Kößler

Eingegangene Bücher

- Basler Afrika Bibliographien & Carl Schlettwein Stiftung (Hg.): *2016 Jahresbericht – 2016 Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2017, 88 S.
ISSN: 1424-2931
- Beckmann, Gabriele: *Blinde Flecken der Entwicklungszusammenarbeit. Zur Kooperationspraxis lokaler Non-Profit-Organisationen in Bolivien*. Bielefeld: transcript 2016, 314 S.
ISBN: 9783837637724
- Brunn, Erhard: *Über alle Grenzen hinweg. Flucht und Hilfe – Berichte und Meinungen aus dem In- und Ausland*. Limburg a.d. Lahn: Dehm 2017 (= Edition DV, Bd. 61), 244 S.
ISBN: 9783943302394
- Burchardt, Hans-Jürgen; Stefan Peters & Nico Weinmann (Hg.): *Entwicklungstheorie von heute – Entwicklungspolitik von morgen*. Baden-Baden: Nomos 2017, 296 S.
ISBN: 9783848726134
- Crawford, Gordon; Lena J. Kruckenberg; Nicholas Loubere & Rosemary Morgan (Hg.): *Understanding Global Development Research. Fieldwork Issues, Experiences and Reflections*. London: Sage Publications 2017, 280 S.
ISBN: 9781473906679
- Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression – Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2017, 319 S.
ISBN: 9783518072912
- Gerstenberger, Heide: *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2017 (= Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Bd. 25), 739 S.
ISBN: 9783896911254
- Köbller, Reinhart, & Henning Melber: *Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2017, 176 S.
ISBN: 9783955581930
- Lepenius, Philipp, & Elena Sondermann (Hg.): *Globale politische Ziele. Bestandsaufnahme und Ausblick des Post-2015 Prozesses*. Baden-Baden: Nomos 2017 (= Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Bd. 16), 268 S.
ISBN: 9783848731220
- Mawere, Munyaradzi: *Theorising Development in Africa. Towards Building an African Framework of Development*. Oxford: African Books Collective 2017, 204 S.
ISBN: 9789956764747
- Mawere, Munyaradzi (Hg.): *Underdevelopment, Development and the Future of Africa*. Oxford: African Books Collective 2017, 572 S.
ISBN: 9789956764631
- Ohta, Itaru; Motoji Matsuda & Yntiso Gebr (Hg.): *African Virtues in the Pursuit of Conviviality. Exploring Local Solutions in Light of Global Prescriptions*. Oxford: African Books Collective 2017, 466 S.
ISBN: 9789956764174
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Einwanderungsschland*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vorstand 2017 (= Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2017), 148 S.
ISSN: 1869-0424.
- Ruf, Werner: *Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror*. Köln: PapyRossa 2016 (= Neue Kleine Bibliothek, Bd. 225), 156 S.
ISBN: 9783894386184
- Schulte, Imke: *Armut aus Sicht der Armen. Ethnologische Forschung zur Nachhaltigkeit und Reziprozität in der Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2017 (= wissen & praxis, Bd. 178), 236 S.
ISBN: 9783955581848
- Shigweda, Vilho Amukwaya: *The Aftermath of the Cassinga Massacre. Survivors, Deniers and Injustices*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2017, 169 S.
ISBN: 9783905758801
- Wienold, Hanns: *glauben machen. Beiträge zur religiösen Praxis, Kultur und Ideologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2017, 183 S.
ISBN: 9783896910998
- Yazdani, Kaveh: *India, Modernity and the Great Divergence. Mysore and Gujarat (17th to 19th C.)*. Leiden: Brill 2017, xxxii + 669 S.
ISBN: 9789004330788